


VERGESELLSCHAFTUNG



DER KAPITALISMUS,
DER ALTE SCHLAWINER,
HAT UNS SCHON VIEL ZU
LANG AUF DER TASCHE
GELEGEN !!!

EINE BROSCHÜRE DER
INTERVENTIONISTISCHEN
LINKEN

Diese Broschüre dokumentiert den Stand einer Debatte in der „interventionistischen Linken“ (iL) aus dem Frühjahr 2012. Sie beschäftigt sich anhand konkreter Beispiele mit dem Konzept der Vergesellschaftung. Die Texte der Gruppen entspringen ihrer politischen Arbeit in den Tätigkeitsfeldern Energie, Gesundheit, Recht auf Stadt und Care-Arbeit. Sie machen deutlich, wie vielfältig die sozialen Auseinandersetzungen sind, die derzeit geführt werden (müssen). Zugleich zeigen sie auch, dass die vermeintlich so unterschiedlichen Kämpfe über eine Vielzahl an Gemeinsamkeiten verfügen.

Ausgangspunkt aller Beiträge sind die vielfältigen Probleme, die von der kapitalistischen Profitlogik andauernd hervorgebracht und durch die derzeitige Krise weiter verschärft werden. Das macht besonders deutlich, dass es grundlegender Veränderungen bedarf. Insbesondere dort, wo die Folgen neoliberaler Krisen „lösungen“ besonders drastisch sind, sind Menschen gezwungen, zentrale Lebensbereiche selbst zu gestalten und zu organisieren.

Dabei zeigt sich, dass die notwendige Überwindung der Profitlogik verknüpft ist mit der Frage, wie die jeweiligen Bereiche – letztendlich aber auch die gesamte Gesellschaft – anders, solidarisch und ohne Kapitalismus organisiert werden können. Diese Broschüre soll der Anfang einer breiten Debatte darüber sein, wie eine solidarische Gesellschaft konkret aussehen kann, und wie wir sie in die Realität umsetzen oder ihr zumindest Schritt für Schritt näher kommen können.

Wir wenden uns mit dieser Broschüre insbesondere an die assembleas auf den Plätzen, die Foren von GewerkschafterInnen, an Vollversammlungen und Zusammenschlüsse von Betroffenen. Wir hoffen, dass wir so einen Beitrag dazu leisten können, dass sie sich über den Weg zu einer neuen, freien, solidarischen Gesellschaft austauschen und neue Formen der Organisation als einen Beitrag zur Lösung ihrer Probleme auffassen. Entscheidend ist, dass diese neuen Formen ausprobiert und erprobt werden, denn eine freie Gesellschaft kann nicht am Reißbrett entworfen werden. In diesem Sinne wollen wir hier Denkanstöße, Vorschläge und Ideen liefern – vor allem aber dazu aufrufen eine mutige, offensive und neue Praxis zu entwickeln.

In dieser Broschüre verwenden wir einheitlich die geschlechtergerechte Schreibweise BürgerInnen, KollegInnen, GenossInnen usw., also das Binnen-I. Mit dieser Schreibweise vermeiden wir das generische Maskulinum, das Menschen aller Geschlechter unter der männlichen Form, Bürger, Kollege, Genosse usw. zusammenfasst.

Mit diesem antisexistischen Sprachgebrauch wollen wir unterstreichen, dass Menschen weiblichen Geschlechts, Intersexuelle und Transgender die Menschheit ebenso sehr ausmachen, wie Menschen männlichen Geschlechts.

IMPRESSUM

Herausgeber: Interventionistische Linke

ViSdP: Christoph Kleine, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck

Auflage: 3.000

Homepage: www.dazwischengehen.org

Foto Umschlag by attenzione photographers

INHALT

S. 05

**Vergesellschaftung als roter Faden
interventionistischer Politik**

S. 09

**Besetzen! Bewohnen! Vergesellschaften! Für eine
antikapitalistische Wohnungspolitik von unten**

S. 15

**Caring for communism - Für eine
bedürfnisgerechte Vergesellschaftung!**

S. 23

**Der Kampf für die Enteignung und
Vergesellschaftung von Energiekonzernen - Ein
Rückblick und Ausblick aus Düsseldorf**

S. 27

**Vergesellschaftung: Sowjetmacht in der
Elektrifizierung?**

S. 33

**Gesundheit ist nicht Privatsache -
Gesamtgesellschaftliches Risiko
vergesellschaften!**

VERGESELLSCHAFTUNG ALS ROTER FADEN INTERVENTIONISTISCHER POLITIK

WARUM DIESE BROSCHÜRE

Spätestens die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat vielen Menschen vor Augen geführt, dass eine kapitalistisch organisierte Welt nicht das Gelbe vom Ei ist. Doch trotz aller Legitimitätsprobleme sitzt der Kapitalismus scheinbar unumstößlich im Sattel. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass es seinen VerfechterInnen immer wieder gelingt, den Kapitalismus als absolut alternativlos darzustellen. Und das liegt wiederum auch daran, dass es progressiven gesellschaftlichen Kräften nicht gelingt, dieser Alternativlosigkeit eine über den Kapitalismus hinausweisende und zugleich greifbare Perspektive entgegenzusetzen.

In Ermangelung einer solchen Perspektive sind unsere Kämpfe selten nach vorne gerichtet, sondern häufig Abwehrkämpfe oder beschränken sich auf Minimalforderungen, die wie Rettungsmaßnahmen oder Schönheits-OPs wirken und dadurch den Kapitalismus sogar stabilisieren können. Eine Alternative zum Kapitalismus wird dadurch nicht vorstellbar.

Innerhalb der Gesellschaft besteht eine Vielzahl von Konflikten, die vereinzelt ausgetragen werden. Die Betroffenen sind somit leicht gegeneinander auszuspielen, und die Vereinzelung verstellt den Blick für die gemeinsamen Ursachen der Konflikte. Diese verschiedenen Konflikte zusammenzuführen und den verschiedenen Partikularinteressen eine gemeinsame Stimme zu geben, könnte die radikalen Perspektiven

aus ihrer gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit heben und uns alle einem gesellschaftlichen Umbruch näher bringen.

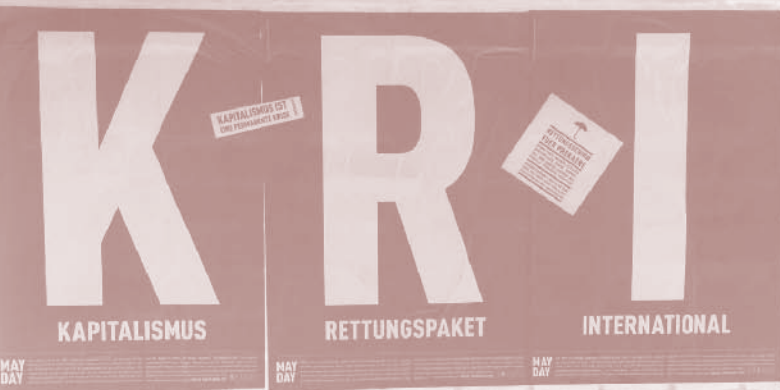
Wir halten es für problematisch, uns mit einer immer weiter und besser ausgearbeiteten Kritik des Kapitalismus zu begnügen. Vielmehr muss der vermeintlichen Alternativlosigkeit ein ernstzunehmender Gegenvorschlag entgegengehalten werden. Die so oft genutzte Parole einer solidarischen, an den Interessen der Menschen ausgerichteten Gesellschaft ist nur eine Floskel und kein ausgearbeiteter Gegenentwurf. Für uns resultiert daraus die Notwendigkeit, einen Kampfbegriff zu entwickeln, der in verschiedensten Auseinandersetzungen eingesetzt werden kann, der auf mittelfristige Veränderungen abzielt und zugleich die Utopie, die hinter den Kämpfen steht, greifbar macht. Vorerst verwenden wir hierfür den Begriff „Vergesellschaftung“. Dieser Begriff dient als roter Faden, um die verschiedenen Teilbereichskämpfe miteinander zu verbinden und darüber Perspektiven für gemeinsame Kämpfe zu eröffnen. Ein roter Faden ist dabei etwas anderes als die berühmte „Klammer“, nach der in der linken Politik immer wieder gesucht wurde. Es geht nicht darum, einen Slogan zu finden, der lediglich den kleinsten gemeinsamen Nenner linker Politik formuliert, während alle Beteiligten ansonsten so weiter machen wie bisher. Wir wollen etwas entwickeln, das uns verbindet und für uns verbindlich ist. Unser Gegenentwurf kann jedoch erst in der Auseinandersetzung und Verständigung der unterschiedlichen Teilbereichskämpfe an Kontur gewinnen.

Deswegen handelt es sich um einen Prozess und nicht um ein Programm.

Unsere Idee ist, „Vergesellschaftung“ in diesem Sinne als einen roten Faden zu nutzen, um an verschiedenen Orten gleichzeitig, wiederholt und wiedererkennbar in soziale Kämpfe zu intervenieren. Wir müssen den Blick in die Zukunft richten und dabei Anknüpfungspunkte im Hier und Jetzt gesellschaftlicher Realität finden. Wir wollen ein breites Bewusstsein davon vermitteln, dass die nichtkapitalistische Vergesellschaftung aller Bereiche der Produktion, aber eben auch der Reproduktion möglich und nicht nur eine Utopie ist. Dabei streben wir konkrete Verbesserungen in diese Richtung bereits im Hier und Jetzt an.

VERGESELL- SCHAFTUNG, KAPITALISMUS, SOZIALISMUS, VERSTAATLI- CHUNG, DRITTER WEG

Wir haben Vergesellschaftung zum Roten Faden dieses Prozesses gemacht, der Begriff stammt jedoch nicht von uns. Zunächst einmal bezeichnet Vergesellschaftung das, was jede Gesellschaft und damit auch die Weltgesellschaft konstituiert. Ge-



sellschaften sind nicht einfach da, sondern werden in Prozessen der Vergesellschaftung immer neu hervorgebracht und dabei permanent verändert. Diese Prozesse prägen die in ihnen vergesellschafteten Individuen samt ihren Wünschen, Lüsten, Bedürfnissen und Begierden, samt ihrem Wissen, ihren Meinungen und Überzeugungen, und in ihren näheren und fernerer Beziehungen zu anderen Individuen und Dingen.

Die Besonderheit der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung ist es, Gesellschaft in „abstrakter“ Weise herzustellen und aufrechtzuerhalten: über den Nationalstaat, das Recht, die Arbeit, den Markt, das Geld, das Kapital. Von links wurde der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung die Verstaatlichung entgegengesetzt. Ein anderer Staat, der „gute“ sozialistische Staat sollte die Arbeit befreien, den Markt durch den Plan ersetzen und sich dazu der Produktionsmittel bemächtigen, sie revolutionär oder reformistisch aus privatem in staatliches Eigentum überführen. Die Verstaatlichung sollte allerdings nur eine vorübergehende sein: „Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, er stirbt ab“ (Engels, MEW 19:225).

Die Verstaatlichung wurde jedoch schon in den 1920er Jahren auch von links kritisiert. RätekommunistInnen, AnarchistInnen, auch linke SozialistInnen und SozialdemokratInnen knüpften dabei an noch ältere Erfahrungen an, die in Produktions- und Konsumgenossenschaften und in der „sozialen Infrastruktur“ des proletarischen Vereinslebens gemacht wurden, und an Erfahrungen der bäuerlichen Vergesellschaftung.

Später kam dann die Rede vom „Dritten Weg“ jenseits von Staat und Markt auf. Prominent wurde sie im Blick auf ganz unterschiedliche Vergesellschaftungsexperimente wie chinesische Volkskommunen oder die jugoslawische ArbeiterInnenselbstverwaltung. In der BRD inspirierte letztere noch in den 1970er Jahren linkssozialdemokratische Debatten, für die Vergesellschaftung zur unmittelbar realpolitischen Maßgabe wurde. Dabei berief man sich auf den Artikel 15 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Aber auch jenseits von Verstaatlichung und Drittem Weg haben

die Alternativ- und autonomen Bewegungen Vergesellschaftung subkulturell in besetzten Häusern, Landkommunen und Alternativbetrieben ausprobiert.

UND WAS NUN?

Überall auf der Welt gibt es Orte und Projekte, in denen im Kleinen oder temporär etwas kollektiv organisiert und zumindest partiell kapitalistischer Verwertungslogik entrissen wird. Diese Projekte geben uns einen Ausblick auf das Leben in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft. Doch wir dürfen nicht dabei verharren, alternatives Leben nur in Nischen zu führen. Wir brauchen einen Prozess, der eine Alternative zum Kapitalismus auch in breiten gesellschaftlichen Bereichen erlebbar macht.

Solche Veränderungen setzen sich nicht einfach so in der kapitalistischen Konkurrenz durch: Diese bittere Erfahrung mussten viele Kollektivbetriebe der grün-alternativen Bewegung machen. Deshalb müssen wir für den politischen Druck sorgen, der zur Durchsetzung solcher Projekte auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gebraucht wird.

Das Konzept, das wir als „Vergesellschaftung“ bezeichnen, bricht mit den realsozialistischen Vorstellungen einer Diktatur des Proletariats und eines disziplinierenden Staates, der die Gesellschaft verwaltet, kontrolliert und überwacht. Es wendet sich aber ebenso gegen die Vorstellung, dass über eine andere Gesellschaft erst nach dem Ende des Kapitalismus nachgedacht werden kann, genauso wie gegen ein rein utopistisches Herangehen, das sich über die notwendige Transformation keine Gedanken macht. Aber es bricht auch mit Sozialstaatsromantik und idealisierenden Vorstellungen eines Versorgungsstaates.

In einer solidarischen, an den Interessen der Menschen ausgerichteten Welt treffen die Menschen Entscheidungen, die von diesen betroffen sein werden. Beispielsweise entscheiden die BewohnerInnen eines Gebietes über den Ausbau des ÖPNV und nicht eine gewinnorientierte Betreibergesellschaft. Ebenso entscheidet die Bevölkerung kollektiv über die Erzeugung von Strom oder die Gestaltung der Städte, Stadtviertel und Dörfer oder ehemaliger Flughäfen. Liegt die Entscheidungsgewalt über diese Bereiche in den Händen der Betroffenen, kann das ein erster Schritt in Richtung Vergesellschaftung sein. Ein solcher Schritt bedeutet, Selbstverwaltung und Erfolge erfahrbar zu machen und so Motivation für neue Kämpfe zu geben. Dabei zeigt sich, dass eine Organisierung jenseits der üblichen kapitalistischen Muster auch zu handfesten Verbesserungen führen kann.

Niemand von uns kann derzeit sagen, wie Selbstverwaltung im gesellschaftlichen Maßstab am besten funktioniert und wie die

kommunistische Gesellschaft später aussieht. Der Begriff und die Utopie „Vergesellschaftung“ kann nur durch die Praxis gefüllt und erarbeitet werden. Im Vergleich zur Forderung nach Enteignung sehen wir in einer Forderung nach Vergesellschaftung einen doppelten Vorteil: Zuerst entsteht nicht der Reflex „die wollen uns alles wegnehmen“. Vor allem ist mit der Vergesellschaftung ein Konzept über das Enteignen hinaus verbunden.

Uns geht es darum, dem Kapitalismus zunehmend die Verfügungsgewalt über den gesellschaftlichen Reichtum aus der Hand zu nehmen. Wir wollen, dass alle kollektiv entscheiden was, wie, wann und wo produziert wird. Die damit verbundenen Entscheidungsprozesse sehen wir auf drei Ebenen angesiedelt:

1. Die Belegschaft eines Betriebes entscheidet, wie sie produziert.
2. Die NutzerInnen der Produkte müssen ebenso in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.
3. Zugleich muss die gesamte Gesellschaft die Möglichkeit haben, Richtungsentscheidungen zu treffen. Beispielsweise durchzusetzen, dass Atomkraftwerke abgeschafft werden.

Solche komplexen Organisations- und Entscheidungsprozesse vorstellbar zu machen, indem wir die erfolgreichen Ansätze, die es hierzu gab und gibt, populärer machen, wäre ein gewichtiger Schritt dahin, den Kampfbegriff „Vergesellschaftung“ mit Leben zu füllen. Wir sind uns aber bewusst, dass mit diesem Begriff und dem Vorgehen auch Probleme verbunden sind.

1. Eines der größten Probleme ist – wie eingangs schon erwähnt – die Unterscheidung von der Verstaatlichung. Verstaatlichung bricht nicht mit der kapitalistischen Logik, ist historisch gesehen nicht unbedingt ein Erfolgsprojekt und bringt uns vor allem auch nicht einer kollektiven Entscheidungsfindung und gesellschaftlichen Organisation näher. Im Gegenteil dazu gewinnt die Vergesellschaftung erst dadurch emanzipatives und revolutionäres Potential, dass sie jenseits staatlicher Ordnung eigene Organisationsprinzipien entwickelt. Bei diesen geht es darum, konsensorientierte Entscheidungsfindungsprozesse zu etablieren und die hierfür angemessenen Formen der Repräsentation zu entwickeln.

2. Ein weiteres Problem ist, dass der Begriff nicht von sich aus mit gesellschaftlichen Rollenzuweisungen oder der Trennung in private und öffentliche Arbeit bricht. Haushalts- und Care-Arbeit müssen in Konzeptionen zur gesellschaftlichen Organisation von Arbeit einbezogen werden. Ebenso braucht es politischen Druck, um die ungleiche Verteilung dieser Arbeit zwischen den Geschlechtern aufzubrechen.

3. Auch führt die Kollektivierung von einzelnen Betrieben oder Wirtschaftsbereichen nicht per se einen Bruch mit kapitalistischen Prinzipien herbei. In Kollektivbetrieben, die ihr Produkt vermarkten müssen, werden die Betriebsmitglieder allzu leicht in die Rolle der sich selbst ausbeutenden UnternehmerInnen gedrängt. Diese Zwickmühle besteht erst dann nicht mehr, wenn sowohl die Verteilung des Produkts als auch die Versorgung des Betriebs mit dem, was er zur Produktion braucht, vergesellschaftet sind – also nach der Revolution. Deshalb ist die Einbettung in soziale Bewegungen und politischer Druck nötig, um Bedingungen herzustellen, in denen emanzipative Erfahrungen mit Selbstorganisation der Produktion gesammelt werden können, statt kapitalistische Ausbeutung zu perfektionieren und auf eine neue Stufe zu stellen. Dass und wie das passiert ist, lässt sich in Deutschland beispielsweise an den Alternativbetrieben der 1970er und 1980er wie an der JobberInnenbewegung zeigen.

4. Schließlich ist die Stimme der Mehrheit nicht automatisch progressiv. Würde beispielsweise das Gesundheitswesen in der heutigen Gesellschaft von einem auf den anderen Tag nach dem Willen

der Mehrheit organisiert, haben wir Zweifel, dass uns das Ergebnis gefallen würde. Denn das gesellschaftliche Bewusstsein ist von Patriarchat und Kapitalismus geprägt, rassistische und antisemitische Denkmuster sind häufig. Vor einem gesellschaftlichen Umbruch und auch parallel dazu sind daher Bewusstseinsbildungsprozesse nötig, um die vorherrschenden Denkmuster zu überwinden und hinter sich zu lassen. Dies ist jedoch kein spezielles Problem des Kampfbegriffes „Vergesellschaftung“, sondern ein Problem, mit dem wir als Linke durchgängig konfrontiert sind und welches uns noch länger beschäftigen wird.

Mögliche Bereiche für Interventionen

Wir haben für diese Broschüre verschiedene Bereiche ausgewählt, um zu konkretisieren, wie sich der Blick auf diese Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund von „Vergesellschaftung“ verändert. Die Auswahl ist ein Stück weit willkürlich – genauso hätten wir auch die Vergesellschaftung des öffentlichen Personenverkehrs oder die Frage danach aufnehmen können, welche Nahrungsmittel auf welche Weise produziert werden sollten. Die nachfolgenden Artikel stellen die Konflikte und Kräfteverhältnisse in den von ihnen beschriebenen Feldern jeweils sehr unterschiedlich dar. Auch zeigt sich bei den beiden Artikeln zu Energiekämpfen die unterschiedliche Gewichtung der notwendigen Prozesse. Während der eine auf den Prozess der Vergesellschaftung und die Mechanismen gesellschaftlicher Teilhabe fokussiert, legt der andere seinen Schwerpunkt auf die Enteignung als eine Grundlage des Vergesellschaftungsprozesses.

Die Kämpfe (so sie denn stattfinden) beziehen sich zunächst auf einzelne Bereiche. Doch über „Vergesellschaftung“ werden Anknüpfungspunkte deutlich und lassen sich die Kämpfe miteinander verbinden.

WHAT'S NEXT?

Die Analyse und Kritik des Kapitalismus ist und bleibt eine wichtige Grundlage antikapitalistischer Arbeit. Doch für politische Interventionen braucht es mehr. Mit dem Konzept „Vergesellschaftung“ wollen wir in den Diskurs zur sozialen Frage (zunächst in Deutschland) eingreifen. Darüber hinaus werden wir Verbündete in aller Welt brauchen. Vor allem soll dieses Konzept mit seiner Konkretisierung einen Weg in eine andere Gesellschaft jetzt und hier vor Ort denkbar machen. Es geht darum, die Lücke zwischen Ist-Zustand und Utopie zu schließen und dabei einen konkreten Gesellschaftsentwurf zu wagen. Dabei müssen wir aus den Fehlern der Grünen lernen und dürfen nicht zur Unternehmensberatung für Kollektivbetriebe werden. Mit dem gemeinsamen Projekt „Vergesellschaftung“ kann eine Stärke entwickelt werden, die da sie nicht auf einzelne Kampagnenhöhepunkte beschränkt bleibt. In diesen Prozess könnten einzelne Menschen wie auch Gruppen nach und nach mit einsteigen. Vergesellschaftung wäre dabei der rote Faden, der sich durchzieht aber auch – bildlich gesprochen – gesponnen werden muss. Wir müssen eine gemeinsame, verständliche Sprache entwickeln. Interventionen müssen an verschiedenen Orten ausprobiert werden. An die Stelle eines Programms von oben muss das gemeinsame Suchen und Weiterentwickeln treten.

.....
Interventionistische Linke



MIETEN-
WILTT STOPPEN
<http://mietenwabsion.rechtaufstadt.net>

chulterb

BESETZEN! BEWOHNEN! VERGESELLSCHAFTEN! FÜR EINE ANTIKAPITALISTISCHE WOHNUNGSPOLITIK VON UNTEN

Als Ende Oktober 2011 mehr als 6.000 Menschen durch Hamburgs Straßen zogen, um gegen den „Mietenwahnsinn“ in der Stadt zu protestieren, blitzte in den lokalen Medien für kurze Zeit die Forderung auf, den vorhandenen Wohnraum zu vergesellschaften, um so die steigenden Mieten und die Verdrängung einkommensschwacher MieterInnen zu stoppen. Was verbirgt sich hinter dieser Forderung? Geht es um eine Neuauflage staatssozialistischer Wohnungspolitik, ist das Ganze nichts als realitätsferne Utopie oder kann uns die Idee vielleicht doch einer menschenwürdigeren Organisation des Wohnraums näher bringen? Im Folgenden möchten wir erläutern, was wir als Avanti, die wir die Proteste in Hamburg mit anderen Gruppen und Initiativen zusammen organisiert haben, unter dem Begriff verstehen. Bevor wir das tun, wollen wir uns aber zunächst ansehen, wie Wohnraum zum gegenwärtigen Zeitpunkt organisiert ist und was dabei eigentlich das Problem ist.

1. WOHNRAUM IM REAL EXISTIERENDEN KAPITALISMUS

In den letzten Jahren sind die Mietpreise in Großstädten wie Hamburg, Berlin, München, Düsseldorf oder Frankfurt in die Höhe geschossen. Der „Mietenwahnsinn“ in den deutschen Metropolen ist das Ergebnis

eines langfristigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels. Durch die Transformation der Produktionsweise von einem fordistisch geprägten Industriekapitalismus zur postfordistischen Wissens- und Dienstleistungsökonomie seit den 1970er Jahren hat sich auch die räumliche Struktur der Städte massiv verändert. An die Stelle großer Produktionsstätten treten riesige Neubauprojekte. Einher geht dieser Wandel mit einer Renaissance der Innenstädte. Prozesse der Suburbanisierung werden zunehmend abgelöst bzw. überlagert von der Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Die Logik des Neoliberalismus versetzt die Städte in einen permanenten Standortwettbewerb, auch auf globaler Ebene. Als Folge dieser Politik wächst die Kluft zwischen wachsenden Metropolen auf der einen und „schrumpfenden Städten“ auf der anderen Seite.

Der Neoliberalismus, der sich durch eine massive Ausweitung der Finanzmärkte und eine Ökonomisierung von immer mehr Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auszeichnete, befindet sich jedoch schon seit längerer Zeit in der Krise. In den USA hat die Flucht des Kapitals in den Immobiliensektor zu der Herausbildung einer Blase geführt, die 2008 platzte und für tausende Menschen zu Zwangsräumungen aus ihren Häusern führte. In Spanien sind bereits ähnliche Probleme mit geplatzten Krediten und Zwangsräumungen aufgetreten.

Die zunehmende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Wohnungssektor beschreibt der Soziologe Andrej

Holm als einen Übergang von der Rentenzur Renditeökonomie. Wo früher einzelne VermieterInnen ihre Rente abschöpften, versuchen heutzutage Immobilienunternehmen schnellen Profit zu erwirtschaften. Die Voraussetzungen dafür liegen neben einer Angebotsknappheit (geringe Leerstandsquote) in der attraktiven Lage der Immobilien und einem Preisniveau, bei dem große Mietsprünge möglich erscheinen (gut erhaltener und bislang günstiger Altbaubestand). Folgen dieser Politik sind Prozesse der Gentrifizierung, der Verdrängung von bisher in den Vierteln lebenden Menschen.

Grundlage dieser Entwicklungen ist ein kapitalistisch organisierter Wohnungsmarkt. Unter den herrschenden Bedingungen werden der Grund und Boden, auf dem Häuser gebaut werden, ebenso wie die Wohnungen als Waren gehandelt. Das Monopol, das die EigentümerInnen an Grundstücken besitzen, ermöglicht ihnen, über den Verkauf oder die Verpachtung Einkommen zu generieren (Marx spricht hier von der Grundrente). Die Verfügung über Wohnraum ist damit abhängig von der Finanzkraft des Einzelnen. Während einkommensschwächere Menschen zur Anmietung von Wohnungen gezwungen sind, geht es Immobilienkonzernen und privaten VermieterInnen darum, die Einnahmen aus diesen Mieten zu maximieren. Die zugrunde liegende Kapitallogik fordert eine stetige Gewinnmaximierung, damit der Markt funktioniert. Deshalb kann das System aus sich heraus keinen bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen garantieren.



Gewinnmaximierung kann nur erfolgen, wenn beständig mehr Kapital angehäuft wird. Entsprechend müssen immer neue und größere Gewinne abgeschöpft werden. Dies ist am einfachsten, indem Gegenden mit bisher vergleichsweise niedrigen Mieten „aufgewertet“ werden, weniger rentable Objekte abgerissen und Neubauten errichtet werden. Durch Weiterverkauf oder höhere Mieten lässt sich mit diesen Immobilien mehr Gewinn realisieren. Der Wohnraum wird im Zuge dieser Prozesse für viele bisher dort lebende Menschen unbezahlbar.

Im Gefolge der Industrialisierung und Urbanisierung im 19. Jahrhundert wurden die unsozialen Folgen des „freien Marktes“ besonders deutlich. Zunehmend regulierend griff der Staat in den Wohnungsmarkt ein, um die schlimmsten Auswirkungen kapitalistischer Wohnraumorganisation abzumildern, aber auch um vor dem Hintergrund einer starken ArbeiterInnenbewegung die soziale Kontrolle aufrechtzuerhalten. Mit Wohnungsbaugesetzen und der Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus erreichten staatliche Interventionen in den 1950er und 60er Jahren einen Höhepunkt. Zur Sicherstellung der Wohnraumversorgung – auch für ärmere Haushalte – subventioniert der Staat seit dem zum einen billige Mieten bei privaten VermieterInnen (allerdings mit einer begrenzten Laufzeit dieser Sozialbindung), zum anderen bietet er in Form kommunaler Wohnungsunternehmen selbst Wohnraum an. Der Anteil letzterer am Wohnungsmarkt lag 2007 in Deutschland bei rund 7 Prozent aller Wohnungen.

In den letzten dreißig Jahren wurden diese beiden Regulierungsinstrumente immer stärker zurückgefahren. Der bis dahin politisch weitgehend im Sinne der „sozialen Marktwirtschaft“ geregelte Wohnungsmarkt wurde 1980 verstärkt für private KapitalanlegerInnen geöffnet. Änderungen im Wohnungsbindungsgesetz ermöglichten höhere Zinsen und hatten steigende Mietpreise zur Folge. Die Sozialwohnungsbestände schrumpfen immer stärker zusammen, Bindungen laufen aus und neue Sozialwohnungen werden kaum gebaut. Wurden in den 1980er Jahren noch 4 Millionen Wohnungen gefördert, sind es heute nur noch rund 1,5 Millionen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen befinden sich ebenfalls bundesweit in der Defensive. Vielerorts wurden sie als Folge von

Haushaltskrisen zur Privatisierung durch die jeweiligen Stadtverwaltungen freigegeben. Die Folgen dieser Politik (keine Investitionen in den Bestand und damit Verfall der Häuser) sind besonders in Dresden deutlich geworden, wo der gesamte kommunale Wohnungsbestand an die InvestorInnengruppe Fortress verkauft wurde. In Freiburg hingegen gelang es der Bevölkerung 2006 sich erfolgreich gegen Verkaufspläne zu wehren. Aber auch in Städten, die an ihren Wohnungsunternehmen festhalten (wie Hamburg mit der SAGA/GWG), ist eine Politik der Profitorientierung festzustellen. Der Anteil des gebundenen Wohnraums am Bestand der SAGA/GWG hat sich von 1990 bis 2010 von 77 auf rund 33 Prozent reduziert, die Mietpreise sind zwischen 1997 und 2008 um 32,8 Prozent gestiegen – und damit fast doppelt so stark wie die Hamburger Durchschnittsmiete (Anstieg um 17 Prozent). Die Mieten werden in die Höhe getrieben, um den städtischen Haushalt zu sanieren und umstrittene Großprojekte zu finanzieren. Gleichzeitig verscherbeln die Kommunen städtischen Grund und Boden, um teure Neubauprojekte privater Unternehmen zu ermöglichen. Andrej Holm spricht deshalb von lokalen „Immobilien-Verwertungs-Koalitionen“, um die mieterInnenfeindliche Zusammenarbeit von Kommunen und Unternehmen im Auftrag der Profitmaximierung zu charakterisieren.

Während die MieterInnen in städtischen Wohnungsunternehmen kaum etwas zu sagen haben, scheint dies in Genossenschaften auf den ersten Blick anders zu sein. Sie entstanden im späten 19. Jahrhundert als Selbsthilfeorganisationen, um ihre Mitglieder mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Heute gibt es in der Bundesrepublik 2.000 Wohnungsbaugenossenschaften mit über zwei Millionen Häusern und mehr als drei Millionen Mitgliedern. Genossenschaftsmitglieder haben die Möglichkeit, ihre VertreterInnen zu wählen, und der erwirtschaftete Gewinn aus den Mieten fließt in erster Linie in die Instandhaltung bestehender Wohnungen sowie in Neubauten für weitere Mitglieder. Aber Genossenschaften sind keine autonomen Inseln im kapitalistischen Wohnungsmarkt: Zum einen sind auch sie den Gesetzen des Marktes unterworfen, beispielsweise was den Erwerb von Baugrund betrifft, zum anderen beruht die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft auf dem Ein-



bringen von Eigenkapital, über das nicht alle Menschen verfügen. Damit einher geht eine Exklusivität von Genossenschaften, deren eigene Mitglieder im Vordergrund stehen und die deshalb in manchen Fällen auch zu Antreiberinnen von Gentrifizierungsprozessen werden können. So wirkt das Neubauprojekt „Skolegaarden“ der Genossenschaft BVE in Hamburg-Altona mit Mietpreisen von 8,70 bis 9,30 Euro/qm direkt im Sinne der Aufwertung des Viertels und damit einhergehender Verdrängungsprozesse. In Hamburg-Hamm versucht der Vorstand der Genossenschaft VHW sogar, ein Haus gegen den Protest ihrer eigenen Mitglieder, die dort noch vergleichsweise günstig wohnen, abzureißen. Bereits seit längerem sind Wohnungsbaugenossenschaften deshalb in die Kritik geraten, sich gewöhnlichen Immobilienunternehmen anzugleichen.

2. UNSERE ALTERNATIVE: VERGESELLSCHAFTUNG VON WOHNRAUM!

Um guten Wohnraum für alle Menschen dauerhaft sicherzustellen, müssen wir mit der Waren- und Eigentumslogik brechen, auf der die Wohnraumversorgung im Kapitalismus beruht. Häuser und Grundstücke dürfen nicht länger als Waren gehandelt werden. Sie müssen vergesellschaftet werden, um ihren eigentlichen Zweck zu erfüllen – nämlich alle Menschen, unabhängig von finanziellen Ressourcen, mit Wohnraum zu versorgen. Anstatt davon auszugehen, dass Grundstücke und Häuser immer irgendwem gehören müssen, sollten wir sie als Allgemeingüter, als Commons begreifen.

Der Begriff der Commons ist in den letzten Jahren vor allem innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung entwickelt worden, um sich gegen die Privatisierung von und den Handel mit existenziellen Gütern wie Wasser, aber z.B. auch digitalen Informationen, zu wehren. Es geht darum, ein alternatives Verständnis vom Umgang mit diesen Gütern zu entwickeln. Commons sind Vereinbarungen zur gemeinsamen Nutzung von Gütern und Ressourcen, deren Herstellung und Erhaltung. Es handelt sich nicht um spezi-

fische Eigentumsformen, sondern um Berechtigungen zur Nutzung eines Gutes, aber nicht dazu, dieses zu verkaufen, zu zerstören oder andere von der Nutzung auszuschließen. Commons können nicht gekauft oder verkauft werden, sie funktionieren nicht nach einer Marktlogik, sondern stellen einen Bereich jenseits von Markt und Staat dar. Dabei handelt es sich keineswegs um etwas grundsätzlich Neues: Bereits im Mittelalter nutzten die Bauern eines Dorfes gemeinschaftlich Ländereien, die sogenannte Allmende. Ihre massenhafte Zerstörung und die Enteignung der Bauern schufen die Grundlagen für die allgemeine Durchsetzung des Privateigentums an Grund und Boden, ebenso wie für den Aufstieg des Frühkapitalismus im 16. Jahrhundert.

Was heißt das aber nun für Wohnraum? Ein Verständnis von Grund und Boden und Wohnraum als Commons bedeutet, Rechte von Einzelnen oder Gruppen nicht aus Grundbucheinträgen oder Verträgen abzuleiten, sondern aus der realen Nutzung dieser Güter, d.h. den Bedürfnissen der involvierten Menschen. Dafür sind aus unserer Sicht die Prinzipien von Demokratisierung und Dezentralisierung von zentraler Bedeutung. Um tatsächlich von den Wünschen und Bedürfnissen der BewohnerInnen auszugehen, müssen grundlegende Entscheidungen über den Umgang mit Häusern, Ausgestaltung von Wohnraum und das Wohnumfeld von denen getroffen werden, die davon unmittelbar betroffen sind. Selbstorganisation und die damit verbundene Selbstverwaltung von Wohnraum durch seine NutzerInnen sind entscheidend, um Wohnungspolitik zu demokratisieren. Eine mögliche Form dafür wären Selbstverwaltungsorgane wie Häuser- oder Quartiersräte, die sich aus den BewohnerInnen einzelner Häuser oder Areale zusammensetzen und Entscheidungen beispielsweise über Instandsetzungs- und Gestaltungsmaßnahmen, Neueinzüge oder gemeinschaftliche Räume treffen. Aufgabe in diesen neu zu schaffenden Strukturen wird es sein, Hierarchien und der Verfestigung von Machtverhältnissen entgegenzuwirken.

Um eine solche Selbstverwaltung denkbar zu machen, müssen wir uns aber nicht nur vom Eigentum an Immobilien verabschieden, sondern auch neue Vorstellungen des Wohnens und Zusammenlebens entwickeln, die die vorherrschende Atomisierung

einzelner Haushalte überwinden. Dabei geht es nicht darum, bestimmte Lebens- und Wohnmodelle zu verteuern und andere zu idealisieren (auch Wohnprojekte sind nicht per se fortschrittlich), sondern sich darüber klar zu werden, dass die gegenwärtigen Formen nicht naturgegeben, sondern veränderbar sind.

Aber reicht das Modell der Selbstverwaltung aus, um eine alternative Wohnungspolitik zu begründen? Schon Henri Lefebvre konstatierte 1968, dass „Selbstverwaltung nichts von Zauberei an sich hat, dass sie kein Allheilmittel ist und dass sie ebenso viele Probleme stellt und noch stellt, als sie löst“. (Lefebvre, Aufstand in Frankreich, Frankfurt a.M. 1969) Denn wie kann beispielsweise entschieden werden, wer wo wohnen darf? Wer soll in Innenstadtlage wohnen dürfen, wer nah am Wasser, wer im Grünen und wer am Stadtrand? Die gegenwärtige Begehrtheit bestimmter Wohnlagen und die damit verbundene Knappheit an Wohnraum, die vor allem in den wachsenden Großstädten ein Problem darstellt, beruhen natürlich zunächst einmal auf kapitalistischen Prozessen des Wohnungsmarktes und der Städtekonkurrenz. Manche Stadtteile werden systematisch aufgewertet, während andere dem Verfall preisgegeben werden. Großstädte wie Hamburg setzen gezielt auf eine Wachstums- und Zuzugspolitik, obwohl ihnen bewusst ist, dass bereits jetzt mehr Menschen in die Stadt ziehen, als Wohnungen vorhanden sind.

Aber auch nach einem Bruch mit dem Kapitalismus werden wir – zumindest in der Anfangszeit – einen Umgang mit diesen Problemen finden müssen. Hinzu kommen Probleme, die auch unabhängig vom Kapitalismus existieren. Selbstverwaltung könnte genutzt werden, um die Privilegien einiger zu erhalten, während andere sich gezwungenermaßen mit schlechteren Bedingungen abfinden müssten. Die Entscheidung über den Zuzug neuer BewohnerInnen in Selbstverwaltung birgt die Gefahr, dass sich bestimmte Milieus oder Gruppen gegenüber anderen abschotten und ihre Exklusivität sichern wollen. Deshalb ist es zum einen notwendig, neue Regeln zu etablieren, über die eine gerechte Vergabe von Wohnraum garantiert wird, ohne sich länger am Geldbeutel der Einzelnen zu orientieren. Zum anderen gilt es, eine solidarische Stadt- und Regionalplanung zu entwickeln, die mit Konzepten von „Standortkonkurrenz“ bricht und Ungleichheiten zwischen Regionen, Städten oder Vierteln über eine soziale Infrastrukturpolitik auszugleichen versucht. Bestehende Ungleichheiten, beispielsweise bei der Ausstattung einzelner Stadtteile mit Schulen, Versorgungs- und Freizeitmöglichkeiten und Verkehrsanbindungen, können durch den Ausbau sozialer Infrastruktur und die Ausweitung gesellschaftlicher Angebote in bisher unattraktiven Gegenden ausgeglichen werden. Die Herstellung von guten Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Quartieren ist die Voraussetzung dafür, um die Kluft zwischen „guten“ und „schlechten“ Wohnlagen auszugleichen und die soziale Segregation, von der kapitalistische Städte heutzutage geprägt sind, zu überwinden.

Angelegenheiten wie der Neubau von Wohnungen, allgemeine Regelungen für die Vergabe von frei werdendem Wohnraum oder Stadtplanungsprozesse können nicht auf der Mikroebene von Selbstverwaltungsstrukturen gelöst werden, sondern bedürfen politischer Institutionen und Entscheidungsstrukturen auf einer gesamtstädtischen Ebene. Sie sind Aufgaben der Kommunen – die aber selbst grundlegend neu strukturiert werden müssten. Die bestehende Verfasstheit der Kommunen und auch der Mitbestimmungsregelungen im Baurecht genügen unseren Anforderungen an eine demokratische Selbstverwaltung und -organisation nicht. Prozesse radikaler Demokratisierung sind daher unabdingbar. Beispielsweise könnten städtebauliche Planungsprozesse in Form von Versammlungen oder kollektiven „Wunschproduktionen“ auf Stadt-

teilebene institutionalisiert werden. Das Konzept der Wunschproduktion ist bereits in den 1990er Jahren bei der Planung eines Parks auf St. Pauli durch die AnwohnerInnen entwickelt und im Zuge der Hamburger „Recht auf Stadt“-Bewegung in den letzten zwei Jahren vermehrt aufgegriffen worden. Ausgangspunkt ist die Idee, den Plänen von InvestorInnen und Behörden eine eigene Planung „von unten“ entgegenzusetzen. Die Wünsche und Bedürfnisse der AnwohnerInnen werden dafür gesammelt und als Ausgangspunkt einer kollektiven Diskussion über die angestrebte Ausgestaltung bestimmter Räume oder Areale genutzt.

Vergesellschaftung von Wohnraum ist also nicht denkbar ohne eine radikale Demokratisierung in den Häusern, den Stadtteilen und auf gesamtstädtischer Ebene. Wie sich die Aneignung der Wohn- und Lebensräume durch die Menschen vor Ort aber konkret vollziehen wird und welche neuen Formen von Entscheidungsfindung und Organisation in einer Gesellschaft nach dem Kapitalismus entwickelt werden, kann erst die Zukunft zeigen.

3. MIETERINNENKÄMPFE UND RICHTUNGSFORDERUNGEN

Eine Vergesellschaftung des bestehenden Wohnraums als Modell jenseits der Logik von Privateigentum und staatlicher Eingriffe ist erst in einer nachkapitalistischen Gesellschaftsordnung denkbar, da für ihre Umsetzung ein grundlegender Bruch mit der bestehenden Eigentums- und Warenlogik die Voraussetzung ist. Wenn wir jetzt schon von Vergesellschaftung sprechen, dann deshalb, um die Ursachen der gegenwärtigen wohnungspolitischen Misere aufzuzeigen und Alternativen denkbar zu machen. Natürlich unterstützen wir die kleinen Versuche, innerhalb der bestehenden Ordnung Alternativen aufzubauen. So kann es durchaus sinnvoll sein, beispielsweise erfolgreiche Häuserkämpfe dadurch abzusichern, dass man eine Genossenschaft gründet. Solche Ansätze werden sich aber nicht von den kapitalistischen Rahmenbedingungen, unter denen auch sie agieren müssen, lösen können. Deshalb müssen sie immer in Verbindung stehen mit den Kämpfen gegen steigende Mieten und für bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen, mit den Auseinandersetzungen um städtebauliche Projekte und mit einem aktiven Kampf für eine ganz andere Wohnungspolitik. Vergesellschaftung ist in diesem Sinne kein Aussteigermodell, sondern Kampfbegriff und Richtungsforderung für eine aktive stadtpolitische Bewegung.

Kämpfe von MieterInnen, Wohnungssuchenden und Wohnungslosen können ganz unterschiedliche Formen annehmen. Dabei geht es zunächst einmal um die konkreten Alltagsbedürfnisse und -interessen der Menschen: ein Dach über dem Kopf zu haben, sich die Miete leisten zu können, nicht aus dem Stadtteil verdrängt zu werden usw. Als stadtpolitisch Aktive müssen wir diese Bedürfnisse aufgreifen und unterstützen, aber gleichzeitig über sie hinausgehen. Wir müssen einerseits effektive Praxen und Aktionsformen für wohnungspolitische Konflikte entwickeln – das reicht von MieterInnenaktivierung und Stadtteilarbeit über Fette-Mieten-Partys und Go-Ins bei Behörden und Investoren bis zu Besetzungen von Leerstand und Mietstreiks.

Andererseits müssen Forderungen und Ideen für eine alternative Wohnungspolitik von unten entwickelt werden, die die Richtung hin zu einer Vergesellschaftung weisen. Als zentrale Forderung erscheint uns hier die Einrichtung einer Mietobergrenze bzw. Höchstmiete – insbesondere in Großstädten mit massivem Druck

auf dem Wohnungsmarkt und steigenden Mieten. Die Höhe einer solchen wird durch die unterschiedlichen Kostenmieten regional unterschiedlich ausfallen. Wichtig ist aber, dass sie deutlich unterhalb des bestehenden Mietpreisniveaus liegt. Mit dem Konzept einer Höchstmiete kann deutlich gemacht werden, wie viel Profit monatlich aus den MieterInnen gepresst und was tatsächlich für eine Instandsetzung von Wohnungen benötigt wird. Konsequenterweise wird eine Höchstmiete unterbinden, dass mit Wohnraum Gewinn gemacht wird und das Immobilienkapital kann so aus dem Wohnungssektor vertrieben werden – eine notwendige Voraussetzung für die Vergesellschaftung. Eine „moderate“, lediglich leicht korrigierend wirkende Mietobergrenze im Rahmen der bestehenden Verhältnisse würde zwar exorbitante Profite (gerade bei Neuvermietungen) unterbinden – Verdrängungsprozesse aber vermutlich kaum verhindern. Ergänzt werden muss die Einführung einer Höchstmiete durch eine neue Vergabepolitik von Grundstücken durch die Kommunen.

Radikale Einschnitte in der Wohnungspolitik und eine antikapitalistische Transformation des Wohnungssektors können nur von unten erkämpft werden. Dazu gehört auch die selbstorganisierte Aneignung von Räumen. Nicht selten wird Wohn- und Büroraum in Städten von EigentümerInnen aus Spekulations- oder steuerlichen Abschreibungsgründen gezielt leer stehen gelassen. In solchen Fällen kann Vergesellschaftung ganz praktisch angegangen werden, indem Menschen in die ungenutzten Räume einziehen oder diese für kulturelle, soziale, politische Zwecke nutzen. In der Öffentlichkeit müssen wir ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Hausbesetzungen legitim sind und ihre Kriminalisierung beendet werden muss – dazu gehört auch, diese Aktionsform aus der Nische subkulturell-autonomer Szenen zu holen und für andere soziale Gruppen (von KünstlerInnen bis zu Obdachlosen) denkbar und attraktiv zu machen. Allerdings muss auch klar sein, dass sich die alltäglichen Konflikte der meisten MieterInnen auf anderen Ebenen abspielen. Für viele MieterInnen-Initiativen geht es zunächst einmal darum, eine Solidarisierung der unterschiedlichen HausbewohnerInnen und Betroffenen zu erwirken und konkrete (Teil-)Erfolge zu erringen. Nicht nur in städtischen Wohnungsunternehmen kann dabei die Forderung nach mehr Mitspracherechten bzw. einer Demokratisierung der Wohnungspolitik zentral sein. Gemeinsam mit den MieterInnen gilt es, in den Kämpfen gegen Verdrängung, steigende Mieten und Privatisierung von öffentlichem Raum Forderungen weiterzuentwickeln und Perspektiven für eine Vergesellschaftung des Wohnraums zu entwickeln.

.....
Avanti Hamburg



CARING FOR COMMUNISM FÜR EINE BEDÜRFNISGERECHTE VERGESELLSCHAFTUNG!

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist [...] erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (Marx, K.: Kritik am Gothaer Programm. MEW 19. S.21)

In der gegenwärtigen Krise, die nicht allein als eine Krise der Finanzmärkte verharmlost werden kann, offenbaren sich die viel tiefer liegenden gesellschaftlichen Widersprüche. In dieser Krise wirken verschiedene Krisen wechselseitig aufeinander ein und beschleunigen sich in ihrer Gesamtdynamik. Kapitalistische Produktions- und Reproduktionsverhältnisse sind durch ihre innerste Dynamik (Profitmaximierung) in einer globalen, transnationalen Krise. Es offenbart sich eine Krise der Lohnarbeit, eine Krise der politischen Repräsentation und eine tiefe Krise der sozialen Reproduktion. Diese Krisen sind nicht unbedingt neu, sie zeigen sich aber jetzt in nochmals zugespitzter Form. Doch die mit den herrschenden Krisenüberwindungsstrategien verbundenen Angriffe auf unsere Lebensgrundlagen bleiben zum Glück nicht unbeantwortet. Die vielen Kämpfe um Existenz, soziale Sicherung, Energieversorgung, bezahlbaren Wohnraum, Gesundheitsversorgung, politische Partizipation, geschlechtliche Gleichberechtigung und Emanzipation überall auf dem Globus

sind ein Anzeichen für die rapide Dynamik sozialer Zuspitzungen. Viele Menschen kämpfen um ein anderes, ein besseres Leben. Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und soziale Kämpfe werden darüber entscheiden, welche politischen und sozialen Handlungsräume aus dieser Krise entstehen werden. All die gegenwärtigen antagonistischen Kämpfe zeigen punktuelle Formen des Widerstandes gegen die derzeit herrschenden Verhältnisse. Wir als radikale Linke haben Hoffnungen, Wünsche und Vorstellungen, wie eine andere Form des gesellschaftlichen Lebens aussehen kann, die sich nicht an ewigem Leistungsterror, Konkurrenzdruck und Profitinteressen orientiert. Allerdings müssen wir hierfür unsere Kapitalismuskritik und kritische Gesellschaftstheorie mit dem ‚Persönlichen‘ verbinden. Keine leichte Aufgabe, da dieses divers, heterogen sowie ambivalent und somit konfliktträchtig ist; zudem auch in linken Debatten häufig ausgeblendet wird. Somit ist das ‚Persönliche‘ meist auch kein Bestandteil der grundlegenden politischen Debatten zur gesamtgesellschaftlichen Transformation. Dies aufzubrechen, sowohl gesamtgesellschaftlich, aber vor allem beginnend in unseren eigenen Organisationen, muss weiter forciert werden. Viele Interventionen, getragen vor allem von der Frauenbewegung, haben die Art und Weise, Politik zu machen sowie die Verhältnisse innerhalb linker Organisationen schon progressiv verändert. Trotzdem bleibt das Thema Bedürfnisse weiterhin weitgehend ins Private abgeschoben. Es wird zu persönlichen Befindlichkeiten umgedeutet

oder als zu komplex für politische Debatten in linken, gemischtgeschlechtlichen Gruppen und Organisationen angesehen.

SICHTBARMACHUNG DES UNSICHTBAREN

Was wir wollen, ist eine Vergesellschaftung, die sich nach den Bedürfnissen und Interessen derer richtet, die stets und ständig mit Produktion und Reproduktion beschäftigt sind und damit den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, bisher aber nicht über ihn verfügen. Uns geht es um eine radikale Umverteilung. Darüber hinaus geht es uns aber um noch viel mehr, nämlich um die Sichtbarmachung des Unsichtbaren: Wir wollen die gesellschaftliche Arbeit, die alltäglich un- bzw. unterbezahlt und ohne gesellschaftliche Anerkennung geleistet wird, aber unumstößlich gesellschaftlich notwendig ist, ins Rampenlicht rücken: Die Reproduktions- bzw. Care-Arbeit.

Wir leben derzeit in einer Gesellschaft, die aufgrund ihrer bürgerlich-kapitalistischen Wurzeln die öffentliche und private Sphäre trennt, hierarchisiert und einem männlichen und weiblichen Geschlecht zuweist. Reproduktionsarbeit wird somit in einen privaten, an ein konservativ-reaktionäres Familienbild gebundenen Schleier gehüllt. Neben der Frage, wer diese verschleierte Arbeit wo, wie und unter welchen Bedingungen macht, drän-

gen wir vor allem auf eine Erweiterung des Arbeitsbegriffes und Arbeitsverständnisses. Reproduktions- und Care-Arbeit sind zentraler Bestandteil gesellschaftlich notwendiger Arbeit und müssen auch als solche thematisiert werden. Unter Care-Arbeit verstehen wir dabei „sorgende Arbeit“, d.h. Versorge-, Vorsorge-, Fürsorge-, Entsorge-, Besorge- und Umsorge- Arbeit (Maler 2010). Also all das, was Menschen tun, um eigene Bedürfnisse, sich selbst, andere und gesellschaftliche Zusammenhänge als lebensfähig herzustellen und zu erhalten. Care-Arbeit ist für uns damit ein grundlegendes menschliches Bedürfnis, das viel zu häufig als unangenehme Abhängigkeit von Anderen diffamiert wird, die so gar nicht in unsere ‚Jeder ist seines Glückes Schmied‘-Gesellschaft passen will.

Auch im links-alternativen Milieu werden diese lebenserhaltende, elementare Arbeit und die mit ihr verbundenen Aspekte kaum oder gar nicht thematisiert. Hier wirken zwei Faktoren zusammen: Zum einen wird die Reproduktions- bzw. Care-Arbeit häufig ausgeblendet, weil sie nach einem weit verbreiteten Marx-Verständnis im Produktionskreislauf nicht selbst Wert produziert, sondern „nur“ unabdingbare Voraussetzung der Wert- und Mehrwertproduktion ist. Zum anderen findet sie nach wie vor meist unter dem Schleier des ‚Privaten‘ statt. Dieser Schleier ist auch deshalb nicht so leicht zu lüften, da Care-Arbeit nicht nur als ‚Privatsache‘ verhandelt wird, sondern zusätzlich zu einem großen Teil im sogenannten Privathaushalt stattfindet. Das führt auch im Alltag zu einer relativen Unsichtbarkeit dieser Arbeit und derjenigen, die sie erledigen. Das gilt sowohl für die Care-Arbeit im eigenen Haushalt wie auch für bezahlte Care-Arbeit. Während im eigenen Haushalt, wenn überhaupt, nur über Fragen der Verteilung oder der zu erfüllenden Ansprüche gestritten wird, ergeben sich andere Konfliktfelder, wenn Care-Arbeit als Lohnarbeit verrichtet wird, was inzwischen immer häufiger der Fall ist. So ist der private Raum nicht irgendein Lohn-Arbeitsplatz, er ist der „Intimraum der ArbeitgeberInnen“, in dem bestimmte Ordnungssysteme grundlegend sind, die von der/dem Care-ArbeiterIn gesehen, verstanden und respektiert werden müssen. Denn was für die Putzkraft berechtigterweise nur ein oller Staubfänger ist, der ständig im Weg rumsteht, ist für die/den ArbeitgeberIn vielleicht ein Symbol für einen wichtigen Lebensabschnitt oder die letzte Erinnerung an ein verstorbene Familienmitglied. Hieran wird auch ein weiterer besonderer Aspekt der Arbeit im privaten Raum deutlich: Zentral ist die Beziehung zwischen ArbeitgeberIn und Care-ArbeiterIn und dabei insbesondere das Vertrauen. Die ArbeitgeberIn lässt jemanden in ihren intimen Raum und vertraut darauf, dass mit allem so umgegangen wird, wie es gewünscht wird. Care-Arbeit wird häufig informell, d.h. ohne reguläre Arbeitsverträge (und damit auch ohne soziale Sicherung) ausgeführt, zum Teil auch von Menschen ohne gültige Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis (vgl. Lutz 2008). Die Care-ArbeiterIn muss daher zum einen auf die Einhaltung der meist nur mündlichen Verabredungen über Lohn und Arbeitszeit vertrauen, zum anderen auch darauf, dass von Seite der ArbeitgeberInnen keine Informationen an Behörden weiter gegeben werden.

Die derzeitige [Re-/Produktions-] Krise offenbart mehr oder weniger neue Widersprüche; einerseits wird Care-Arbeit durch ihre Vermarktlichung punktuell in den kapitalistischen Verwertungsprozess eingegliedert und andererseits spitzt sich die Prekarität sozialer Sorge und Sicherung dramatisch zu, was sich beispielsweise am neuen, staatlich regulierten und forcierten Niedriglohnberuf der Tageseltern ablesen lässt. Die kapitalistische Inwertsetzung verläuft, wie zu erwarten, nicht entlang der Bedürfnisse und Notwendigkeiten gesellschaftlich-menschlichen Lebens, sondern ist diesem diametral entgegen gesetzt, da es vielmehr um Kapitalinteressen - primär Profitmaximierung - geht. Die aktuellen Krisenlösungen in Bezug auf Care- und Reproduktionsarbeit sind

in keinster Weise zukunftsfähig, sondern generieren die bekannten Ungleichheitsverhältnisse und verfestigen diese entlang der Ungleichheitsachsen von race, class und gender. Wie sollen auch Regulationsmaßnahmen Wege aus der Krise bereiten, die sämtliche noch vorhandenen sozialen Sicherungsinstanzen wie bspw. in Griechenland oder Italien kahl schlagen? Wenn die Mehrwertsteuer massiv erhöht wird, Renten und Sozialleistungen gekürzt werden, Medikamente verteuert, soziale Einrichtungen privatisiert werden, was bleibt dann außer dem Versuch der individualisierten Lösungen auf dem Rücken Dritter? Diese sozialen Einschnitte der Krisenpolitik, welche als Lösungen verkauft werden, stehen einer gesamtgesellschaftlich solidarischen Aushandlung entgegen. Es besteht kein kollektiver Aushandlungsraum, in welchem Menschen entsprechend ihrer Autonomiebestrebungen und ihrer Bedürfnisse menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen schaffen, da dies der kapitalistischen Logik entgegensteht.

Eine radikale Kapitalismuskritik muss die gesellschaftliche Trennung von öffentlich und privat - eine Grundkonstitutive bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung - in Frage stellen. Sie muss die realen Effekte dieser Trennung sichtbar machen und darf sich dabei nicht auf einen nationalen Rahmen beschränken: Die Zuweisung von Pflege-, Sorge- und Hausarbeit an Frauen und die Delegation von Reproduktionsarbeit an MigrantInnen im Kontext eines transnationalen Migrationsregimes, die strukturelle Benachteiligung von Frauen in der Erwerbsarbeit und die schlechtere Bezahlung von Frauen bei gleicher Arbeit. Gleichzeitig muss sie aufzeigen, dass die derzeitige Regulierung von Reproduktionsarbeit die kapitalistische Herrschaft sichert und zentraler Bestandteil der (transnationalen) Kapitalakkumulation ist. Für uns ist eine feministische, sozialrevolutionäre Perspektive auf eine antikapitalistische Form der Vergesellschaftung zentral, in der wir die Thematisierung von Reproduktionsarbeit und Care-Arbeit aus der Deckung holen, und uns wieder mit unseren Bedürfnissen und möglichen Strategien zu ihrer Befriedigung beschäftigen: Für einen Schritt vorwärts innerhalb linken Denkens, aber vor allem darüber hinaus.



DAS GESELLSCHAFTLICHE SPANNUNGSFELD VON AUTONOMIE UND ANERKENNUNG

Die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung um Bedürfnisse und Fähigkeiten ist untrennbar mit der Auseinandersetzung mit dem angeblich ‚autonomen‘ Subjekt verbunden. Die hiermit verbundene Vorstellung eines unabhängigen männlichen Subjekts, das niemand braucht und von niemandem gebraucht wird, wird in der neoliberalen Gesellschaft mehr denn je idealisiert. Genau hier setzt berechtigterweise die Kritik der Anerkennungstheoretikerin Jessica Benjamin an, die zeigt, wie die Trennung und geschlechtliche Zuweisung der beiden Grundbedürfnisse Selbstbehauptung und Abhängigkeit gerade durch gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus funktionstüchtig gemacht werden und sich in die Menschen einschreiben. „Folglich ist die Polarität zwischen zwei Grundbedürfnissen, nämlich dem nach Pflege bzw. Zuwendung und dem nach Autonomie bzw. Freiheit institutionalisiert“ (Benjamin S. 436) und geschlechtsspezifisch in öffentliche und private Sphären getrennt. Deutlich zeigt sich dies in der Organisation gesellschaftlicher Arbeitsteilung entlang von Geschlecht und den damit einhergehenden Zuschreibungen und Normen. Sie führt an, dass die Pole von Autonomie und Anerkennung, die in kulturelle, individuelle und geschlechtsspezifische Sozialisierung eingelassen sind, den Gegensatz zwischen Pflege und Autonomie geschlechtergetrennt und heteronormativ festschreibt (Benjamin 1982: 436). Zentrales Ergebnis ist die Entkopplung der reproduktiven Sphäre von der Produktionssphäre im Kapitalismus. Produktive und reproduktive Arbeit bilden keine Einheit, Reproduktionsarbeit wird durch die Verknüpfung mit der mütterlich konnotierten Pflege im Gegensatz zur männlich konnotierten Unabhängigkeit entwertet. Ihr wird damit eine spezifische historische Form zugewiesen (König/Jäger 2011: 149). Genau diese machtvollen Normensetzungen möchte Benjamin aufbrechen, indem sie zeigt, wie Individuen sich maßgeblich „in und durch Beziehungen zu anderen Subjekten“ (Benjamin 1980: 23) entwickeln und damit vermeintlich natürliche Eigenschaften und Bedürfnisse als das sichtbar werden, was sie sind, „das Ergebnis sozialer Interaktion und menschlicher Vermittlung“ (Ebd. 426). Wenn wir diese Erkenntnis auf unsere Vergesellschaftungsdebatte übertragen, wird deutlich, dass das zentrale Moment von Vergesellschaftung Abhängigkeit von anderen sowie die Anerkennung durch diese ist und wir das, was getrennt wurde (Autonomie & Anerkennung), wieder zusammenführen müssen.

DIE BEDÜRFNISDEBATTE IST SO ALT WIE DIE KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNGEN UND KÄMPFE

Wenn man Benjamins Feststellung, dass Bedürfnisse in Beziehungen zu anderen Subjekten entstehen, ernst nimmt, wird auch deutlich, dass es kein fertiges Bild vom Kommunismus geben kann. Eine kommunistische Gesellschaft wird von Bewegungen und demnach durch Subjekte hervorzubringen sein, die alle ihre

Geschichte mit sich tragen. Denn „Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“ [Marx, Karl: MEW 3, S. 35). Um das Spannungsfeld von Autonomie und Anerkennung für eine emanzipatorische Form der Vergesellschaftung mitzunehmen, muss eine gesamtgesellschaftliche, kollektive und öffentliche Auseinandersetzung um Bedürfnisse und Fähigkeiten möglich gemacht werden.

Daher haben wir uns aus einer feministischen Perspektive heraus gefragt, wie es sich denn mit den Bedürfnissen in unserer Vergesellschaftungs-Utopie zu verhalten hätte und wo wir heute schon beginnen können, durch ein emanzipatorisches Verständnis von Bedürfnissen und deren Befriedigung, ein Stück „bessere“ Gesellschaft zu verwirklichen. Dabei sind wir als Gruppe diese Frage in zweifacher Hinsicht angegangen. Zum einen haben wir uns Texte „alter Bedürfnisdebatten“ angeschaut und zum zweiten haben wir vor dem Hintergrund unserer eigenen persönlichen, politischen Erfahrungen sowie der aktuellen Gemengelage versucht, Knackpunkte der Vergesellschaftung von Bedürfnissen zu benennen und potenzielle Herangehensweisen für deren politische Bearbeitung zu finden. In diesem Prozess haben sich für uns selbst überraschende Dynamiken entwickelt., Wir glauben aber dass dieser ein erster Schritt ist, gesellschaftliche Widersprüche in Bezug auf Bedürfnisse offenzulegen und sie bearbeitbar zu machen.

VON RICHTIGEN UND FALSCHEN BEDÜRFNISSEN – STREITEND GEHEN WIR VORAN!

Zu Beginn stellten wir uns eine ganze Reihe von Fragen, die uns dann noch länger begleiteten. Hier seien nur einige ausschnittsweise wiedergegeben: Wie können wir die Bedürfnisse von einzelnen Gruppen ernst nehmen – also ihre konkreten Kämpfe – ohne das Gesamtgesellschaftliche aus dem Blick zu verlieren? Wie sind z. B. queere Kämpfe um Identitätspolitik mit gesamtgesellschaftlichen feministischen Perspektiven zu verbinden? Was ist der gesellschaftlich notwendige Rahmen für die zu erfüllenden Bedürfnisse für die freie Entfaltung der Einzelnen? Welches Menschenbild steht hinter welchem Bedürfnisbegriff? Wie gehen wir mit sich ausschließenden Bedürfnissen um? Wessen Bedürfnisse sind entscheidend, wenn es z.B. um unsere Energieversorgung geht? Die der ArbeiterInnen in diesem Bereich, die der KonsumentInnen oder gesamtgesellschaftliche? Daran schließt sich gleich die nächste Frage an, wie ein so schillernder Begriff wie ‚gesamtgesellschaftliche‘ Bedürfnisse gefüllt werden kann? Wer entscheidet, was gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse sind? Wer kann sich in einer von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogenen Gesellschaft überhaupt artikulieren? Wer kann das mehr oder weniger selbst tun? Wer ist dazu auf Repräsentation angewiesen? Und wer repräsentiert dann wen? Wer kann mit welcher Legitimation für welche Kollektive oder Gruppen sprechen? Welche Möglichkeiten bietet ein Bedürfnisbegriff, Subjekt und Gesellschaft „anders“ zu denken?

Wenn wir unsere Bedürfnisse konkret werden lassen, kommen wieder neue Fragen auf. Ein Beispiel ist, dass wir ganz persönlich weder Kirchen noch Moscheen noch buddhistische Zentren brau-

chen, wir können insgesamt mit Religion nicht viel anfangen. Wie gehen wir aber damit um, dass es anderen Menschen damit ganz anders geht und sie Bedürfnisse nach Religiosität und Spiritualität artikulieren? Wie können hier individuelle oder auch im Kollektiv einer religiösen Gruppe geäußerte Bedürfnisse mit unseren religionskritischen Perspektiven zusammen gebracht werden? Ein weiteres Beispiel sind bestimmte materielle Bedürfnisse, wie die Frage, ob es OK ist, wenn Leute 20 Handtaschen haben wollen. Was hier noch etwas lächerlich klingen mag, wird in seiner ganzen Tragweite sichtbar, wenn wir stattdessen fragen, was mit dem Bedürfnis nach 20 Autos oder 10 Urlaubs-Flugreisen pro Jahr ist. Dies sind nur ein paar Fragen, der/dem geneigten LeserIn mögen noch viele weitere einfallen, der Phantasie sind hierbei keine Grenzen gesetzt...

Entgegen unserem Chaos im Kopf hatten viele der Texte, die wir gemeinsam diskutiert haben, eine erfrischend klare Linie, zumindest auf den ersten Blick, da sie auf der theoretischen Ebene versprochen, die Probleme zu lösen, die uns umtrieben.

„Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein...“ (MEW 1: 387 zit. n. Abl Kritische Psychologie)

Gut das nehmen wir! Hört sich super an, aber wie radikalisieren wir nun Bedürfnisse? Wie organisieren wir uns, um kollektiv für die Durchsetzung von Bedürfnissen zu kämpfen? Hierbei haben uns Adorno und Benjamin geholfen, die nochmals sehr deutlich machen, dass Bedürfnisse gesellschaftlich vermittelt sind und nichts natürliches sind. Denn nur wenn Bedürfnisse im Kapitalismus auf eine bestimmte Art und Weise beschaffen sind, können sie jenseits dieses gesellschaftlichen Verhältnisses anders artikuliert werden. Ein gutes Beispiel ist hier Ernährung, die oft als natürliches Grundbedürfnis aufgefasst wird. Jedoch ist bereits das Stillen von Hunger für uns nicht mehr ohne Gesellschaft denkbar. Das verdeutlicht, dass es für uns auch keine von vorne herein unveränderbaren Bedürfnisse geben kann und wir uns zu Recht der Frage nach der kapitalistischen Formung von Bedürfnissen stellen müssen. So schreibt Adorno in Bezug auf Bedürfnisse, die gerade in der Linken gerne als falsche oder schlechte Bedürfnisse wahrgenommen werden: „(...) Schlecht ist an diesen Bedürfnissen - die gar keine sind - daß sie auf eine Erfüllung sich richten, die sie um eben diese Erfüllung zugleich betrügt. Die gesellschaftliche Vermittlung des Bedürfnisses - als Vermittlung durch die kapitalistische Gesellschaft - hat einen Punkt erreicht, wo das Bedürfnis in Widerspruch mit sich selbst gerät. Daran, und nicht an irgendeine vorgegebene Hierarchie von Werten und Bedürfnissen, hat die Kritik anzuknüpfen.“ (Adorno 1942 „Thesen über Bedürfnis“ in Soziologische Schriften I)

Es kann also nicht darum gehen, zwischen richtigen und falschen oder guten und schlechten Bedürfnissen zu unterscheiden, sondern nur darum, daran anzuknüpfen, wie im Kapitalismus Bedürfnisse in Widersprüche geraten und so delegitimiert werden. Mit einem autoritären, vorschreibenden Gestus, der uns teilweise aus der Geschichte des Realsozialismus bekannt sein dürfte, wollen wir die Debatte um gesellschaftliche Utopien und Bedürfnisse nicht bestreiten!

Auch Marx hat uns weiter geholfen. Er stellt fest, dass Bedürfnisse eine Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit und eine entscheidende Triebfeder für gesellschaftliche Veränderungen sind. Um tatsächlich gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen, müssen Bedürfnisse anders verhandelt werden als heute und muss ihre Diversität auch anerkannt werden (vgl. Abl Kritische Psychologie). Dafür ist ein Bewusstseinsbildungsprozess nötig, damit mit dem kollektiven Kampf um eine bedürfnisorientierte Form der Vergesellschaftung von unten ein Prozess der Entmystifizierung von konsum- und leistungsorientierten Werten und Normen einhergeht. So stellt sich dann auch die Frage der Verbindung zwi-

schen dem Subjekt und dem „Außen“ der gegebenen gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse neu.

Beim Versuch, hier weiter zu machen und unsere Fragen mit diesen theoretischen Linien zu verknüpfen, wurde klar, dass die Texte zwar Denkanstöße, aber keine Antworten liefern können, da Bedürfnisse sich nicht eindeutig analysieren lassen, in sich widersprüchlich und widerspenstig sind. Auch ist es nahezu unmöglich, sie auf der rein textlichen Ebene abzuhandeln.

Erst einmal sollten wir also selbst beginnen, neben unserem alltäglichen „Politikbusiness“ unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu befragen und zu reflektieren, um unsere Politik nicht losgelöst davon zu gestalten. Es liegt an uns, uns als Ausschnitt von Gesellschaftlichkeit zu begreifen und uns den möglichen Widersprüchen zwischen der Frage nach unseren Bedürfnissen und dem, was wir für gesellschaftlich notwendig halten, zu stellen.

START THE REVOLUTION! IN YOUR KITCHEN?

Beginnen wir also bei uns. In unseren Debatten stießen wir auf ganz unterschiedliche Knackpunkte der Auseinandersetzung mit Bedürfnissen, von denen wir euch einige zugänglich machen wollen.

Bei uns ist das Zusammenleben in Wohngemeinschaften die verbreitetste Form des Wohnens. Eine der Fragen, die in jeder neuen Zusammensetzung einer Wohngemeinschaft ansteht, ist die der Lebensmittelversorgung. Also die Frage danach, ob man diese durch den Gang in den Supermarkt, die Bio-Kooperative, dem regelmäßigen Containern oder einer Kombination aus diesen und weiteren denkbaren Formen löst. So lange wir in kapitalistischen



Verhältnissen leben und der Warenaustausch vor allem durch Geld vermittelt wird, entstehen weitere Fragen: Welche dieser Formen können und wollen wir uns leisten? Wird eine gemeinsame Kasse eingeführt? Welche Standards sollen hinsichtlich biologischer Produkte gelten? usw. Hier wirken dann auch materielle und immaterielle Bedürfnisse aufeinander ein. So geht es z.B. um die Frage, wer wieviel Geld für welchen Teil seiner oder ihrer Versorgung ausgeben will und kann und was dafür auf den Tisch kommen sollte. Es geht aber auch um unterschiedliche Grade von Harmoniebedürftigkeit, die zu unterschiedlicher Konfliktbereitschaft führen können und berücksichtigt werden müssen. Ein weiteres Beispiel wäre das Bedürfnis, sich nicht völlig in die kapitalistische Logik einzufügen, sondern auch im eigenen Alltag Möglichkeiten zu entwickeln, sich anders zu versorgen und dadurch eine Vergesellschaftung unserer Nahrungsmittelversorgung vorstellbar zu machen. Dabei haben wir festgestellt, dass zum einen eine gewisse liberale Haltung den Bedürfnissen der anderen gegenüber notwendig ist, es also oft einfacher ist, nicht jedes Detail zu verhandeln, sondern sich einen gemeinsamen Rahmen abzustecken. Zum anderen ist erneut deutlich geworden, wie wichtig es ist, uns über unsere Erfahrungen, auszutauschen. Uns ist klar, dass das Zusammenleben in einer Wohngemeinschaft keine Anleitung dazu liefern kann, wie mit Bedürfnissen in Lebensbereichen umgegangen werden kann, wie sie in den anderen Beiträgen dieser Broschüre umrissen werden. Dennoch glauben wir, dass sich auch in unserem heutigen Alltag Mechanismen finden lassen, die bedeutsam bleiben werden, auch wenn alles schon ganz anderes funktioniert, eine WG z.B. nicht mehr im heutigen Sinne einkaufen muss, da Waren anders verteilt

werden.

ICH, DU, WIR, SIE – GESELLSCHAFTLICHKEIT UND EIGENSINN

Weiterhin haben wir uns gefragt, wie es dazu kommt, dass sich trotz eines gemeinsamen gesellschaftlichen Rahmens unterschiedliche Bedürfnisse und Strategien der Bedürfnisbefriedigung herausgebildet haben. Woher kommt dieser Eigensinn?

Hierfür gibt es verschiedene Beispiele: Warum fasten Menschen? Das kann religiöse, gesundheitliche oder andere Gründe haben, die sich zwar an wirksamen, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen orientieren; trotzdem lässt sich Eigensinn darin erkennen, wie diese interpretiert und umgesetzt werden. Fastende orientieren sich also nicht per se an einer religiösen Regel oder am vorherrschenden Schönheitsideal. Auch das oben schon genutzte WG-Beispiel macht dies deutlich. Hier gibt es Zweck-WGs, die eher unfreiwillig aufgrund materieller Notwendigkeiten zusammen kommen, bis hin zu Formen, in denen ein anderes Leben ausprobiert werden soll. In beiden Fällen spielt übrigens auch wieder Reproduktionsarbeit eine wichtige Rolle. Verhandelt werden muss, wie sie verteilt wird, welche Bedürfnisse z.B. nach Sauberkeit erfüllt werden sollen und können usw. Welches Sauberkeits-Bedürfnis ich habe, ob und wie ich es artikuliere, hängt damit zusammen, welche Erfahrungen ich gemacht habe, welche geschlechtsspezifischen Erwartungen an mich herangetragen wurden, welche Umgangsmöglichkeiten ich entwickelt habe, auf diese Erwartungen zu reagieren usw. Gerade im Bereich der Frage nach Putzen und Sauberkeit wird nochmals die extreme Verknüpfung von gesellschaftlichen Kategorien (wie ‚Frau‘ oder ‚Mann‘ oder ‚professionell‘ und ‚privat‘) mit den erwarteten Bedürfnissen und ihrer Umsetzung deutlich. Die Verrichtung dieser Arbeiten ist nach wie vor weiblich konnotiert – siehe der Begriff „Putzfrau“, der sich am Idealbild der Hausfrau der 1950er Jahre orientiert. Über männliche Putzkräfte wird wenig geredet und wenn, dann nur bezüglich der Vermarktlichung und Professionalisierung dieser Tätigkeiten. Hiermit wollen wir noch einmal verdeutlichen: Persönliche und vergesellschaftete Bedürfnisse lassen sich kaum trennen und sind immer entlang bestimmter Macht- und Hierarchielinien aufgebaut, die bei der Debatte um die Befriedigung von Bedürfnissen mit ins Blickfeld gehören.

Bei politischen Prozessen in unserer Gesellschaft geht es immer wieder darum, menschliche Bedürfnisse zu interpretieren und Verhandlungen über die Art und Weise der Bedürfnisbefriedigung zu führen. So wird in Diskussionen zu Hartz IV z.B. darüber verhandelt, wie viel Geld Menschen für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse zugestanden werden soll oder welche Bedürfnisse (nicht) legitim sind. Momentan gilt, dass 1,39 € für Bildung, 39,96 € für Kultur und für die Verkehrsmittelnutzung 22,78 € monatlich zu reichen haben. Die Auswirkungen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen auf die Bedürfnisinterpretation werden an solchen Stellen besonders deutlich.

Die Soziologin Nancy Fraser identifiziert beim Kampf um Bedürfnisse zwei neoliberale Strategien: Die Entpolitisierung und die (Re-)Privatisierung von Bedürfnissen. Ersteres meint, dass bestimmte Bedürfnisse aus dem politischen Raum ausgegrenzt werden, zum Beispiel durch die Trennung zwischen angeblich öffentlichen und angeblich privaten Bereichen. Wenn diese Strategie aufgrund einer massiven Bedürfnisartikulation von unten, zum Beispiel im Kontext sozialer Bewegungen, nicht mehr greift, die



Bedürfnisse also zum Inhalt politischer Kämpfe geworden sind, kann die zweite Strategie der (Re)-Privatisierung greifen. Hier werden Bedürfnisse, die gesamtgesellschaftlich verantwortet werden müssen, erneut individualisiert. Ein Beispiel ist hierfür die Abwälzung der Folgen der demographischen Entwicklungen auf familiäre Netzwerke, die sich um die Unterbringung, Versorgung und Pflege ihrer alternden Angehörigen gefälligst selbst kümmern sollen und dafür immer häufiger Lösungen wählen, die auf dem Rücken (häufig migrantischer) Anderer stattfinden. Nancy Fraser spricht hier auch von Schiefagen entlang von class, race und gender. Diese können um weitere Kategorien, die soziale Ungleichheiten legitimieren sollen, ergänzt werden, wie body oder age. Dies zeigt sich zum Beispiel an dem Umgang mit Menschen, die ihren Alltag aufgrund ihrer körperlichen Situation bzw. dem gesellschaftlichen Umgang damit nicht ohne Hilfe anderer bewältigen können. Hier werden zunächst nach wie vor die – insbesondere weiblichen – Angehörigen in der Pflicht gesehen, diese Hilfe zu leisten. Andere Lebensentwürfe werden kaum berücksichtigt.

Die kapitalistische Vergesellschaftung hat komplexe Vergesellschaftungsformen hervor gebracht, die auf alle Subjekte einwirken und von diesen auch produziert und reproduziert werden. Neoliberale Individualisierungsmechanismen verstärken diesen Prozess durch Selbstdisziplinierung und die Logik „JedeR ist ihres/seines Glückes Schmied“. Kapitalismus braucht soziale Ausschlüsse, die über Differenzachsen wie race, class und gender und viele weitere zugespitzt werden. Was also anerkannte gesellschaftliche Bedürfnisse sind und was nicht, ist kapitalistisch geformt und nicht basisdemokratisch von unten her bestimmt. Denn die Produktionsmittel sind in der Hand weniger, die darüber bestimmen, was unter welchen Bedingungen und wo produziert wird. So werden wir aber nie in der Lage sein, die Bedingungen von Produktion und Reproduktion unseren (heute schon bestehenden und sich mit gesellschaftlichen Veränderungen neu entwickelnden) Bedürfnissen entsprechend zu gestalten. Das wollen wir ändern!

LUXUS FÜR ALLE? ANEIGNUNG, UMVERTEILUNG UND VERGESELLSCHAFTUNG

Ein kritischer Blick auf unsere eigene politische Praxis zeigt, dass wir permanent die Bedürfnisse von uns und anderen hierarchisieren, wobei wir uns ebenso wenig wie alle anderen von den kapitalistischen Verhältnissen frei machen können. Die Occupy-Bewegung hat – bei aller berechtigten Kritik an ihrer inhaltlichen Ausrichtung – unsere Legitimation dazu, Bedürfnisse zu hierarchisieren, in Frage gestellt und uns gleichzeitig neue Wege aufgezeigt. In ihr müssen nicht, wie viele anmerkten, „typische“ Lernprozesse politischer Sozialisation schnell durchlaufen werden, damit am Ende etwas Vernünftiges herauskommt. Hier stand schon am Anfang etwas Vernünftiges, nämlich, dass Menschen massenweise ihre Bedürfnisse artikuliert und probeweise in neuen Formen verhandelt haben. Und wir stellen uns die Frage, ob sie dem Prozess des gemeinsamen Austausches über „Was ist ein gutes Leben für uns?“ nicht pragmatisch-spontan näher gekommen sind, als wir mit der einen oder anderen Kampagne à la „Luxus für alle“. Durch diese Parole wurden einige Dinge zwar gut und provokativ der gesellschaftlichen Gleichgültigkeit entrissen. Gleichwohl wird mit der Forderung nach „Luxus für Alle“ nicht festgelegt, was Luxus ist. Da-

raus entstehen Irritationen, die zu Diskussionen führen. Die Parole weist darauf hin, dass wir mehr wollen als das, was zum Überleben notwendig ist. Wir wollen eben nicht nur Brot, sondern Brot UND Rosen, wie es im gleichnamigen Spielfilm von Ken Loach auch von illegalisierten, migrantischen Putzkräften in den USA eingefordert wird. Allerdings stellt sich die Frage, wie breit und wirksam ein solcher Slogan sein kann, denn er geht von einer spezifischen ideellen und materiellen Ressourcenlage aus und lässt somit die globalen Ungleichgewichte sowie die Anknüpfung an alltägliche Erfahrungen von vielen Menschen niedriger Einkommensklassen zunächst außen vor. Er fängt sie gewissermaßen erst durch den oben beschriebenen Übersetzungsprozess ein. Da wir aber nicht glauben, dass die andere, neue, bedürfnisorientierte Gesellschaft morgen plötzlich vom Himmel fällt, müssen wir im Hier und Jetzt Veränderungen anstreben. Wir müssen neue Formen ausprobieren und so alternative Konzepte von Produktion und Reproduktion, und dadurch Aneignung, Umverteilung und Vergesellschaftung, denkbar machen.

Vor dem Hintergrund der derzeit vorherrschenden Ansätze der Krisenbearbeitung stehen zunehmend mehr Menschen vor der Frage, wie sie trotz unbezahlter Strom- und Wasserrechnungen weiterhin an das Netz angeschlossen bleiben können, wie sie trotz leeren Geldbeutels Lebensmittel bekommen, wo sie wohnen sollen, nachdem sie zwangsgeräumt wurden, aber auch wie sie es sich noch moralisch und finanziell leisten können sollen, schöne Tage im Schwimmbad zu verbringen. Hier lohnt der Blick auf die Aneignungsdebatten und konkreten Aneignungspraxen der letzten Jahre, wie zum Beispiel der illegalisierte Wiederanschluss an die Strom- und Wasserversorgung in den südafrikanischen Townships oder die Besetzung der ehemals eigenen, inzwischen geräumten Häuser in den USA, teilweise mit Unterstützung von Occupy-AktivistInnen. Hier kommen Bedürfnisse, ihre Artikulation und selbstbewusste Umsetzung zusammen, die Tür für das Neue wird ein Stückchen geöffnet. Damit sie aber nicht früher oder später wieder zu fällt, sollten wir darüber nachdenken, wie wir solche Formen dauerhaft erhalten können. Wie erzeugen wir ein gesellschaftliches Klima, in dem es keine Frage mehr ist, dass Häuser keine Spekulationsobjekte, sondern Lebensräume sind, deren Ausgestaltung ihren BewohnerInnen obliegt? Wie bauen wir Strukturen auf, in denen eine Vergesellschaftung des Lebensbereiches ‚Wohnen‘ möglich wird? Um die einzelnen Menschen durch die neue Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes nicht zu überfordern, müssen wir solidarische und bedürfnisorientierte Formen der Arbeitsteilung ermöglichen. Hier sind wir noch völlig am Anfang, freuen uns aber auf die kommenden Versuche und Debatten mit all ihren Fallstricken und neuen Herausforderungen: Gehen wir es an!

BASTA! EIN ANDERES, EIN BESSERES LEBEN UND ZWAR JETZT SOFORT!

Wir müssen eine Bedürfnisdebatte führen, die nicht die Fehler des Mainstreams der historischen, europäischen Linken wiederholt und das Private ausschließt. Das Bedürfnis nach Versorge-, Vorsorge-, Fürsorge-, Entsorge-, Besorge- und Umsorge- Arbeit muss in diese Debatte eingebettet werden, gerade aufgrund der ständig ansteigenden Prekarität unserer Generation und der Unsicherheit, was unsere Zukunft angeht. Wir – das sind größtenteils weiße, aus der Mittelschicht kommende Linksradikale – können hier nur

einen Diskussionsstrang aufmachen. Um zu erfahren, was für Bedürfnisse Menschen in der Peripherie und in anderen Kontinenten haben, müssen wir unsere Räume wieder internationalistisch öffnen. Aus den teilweise weiterentwickelten Bedürfnisdebatten, etwa um das Konzept des „Buen vivir“, des „guten Lebens“, können wir lernen und uns anregen lassen. Das „Buen vivir“ stellt die Ideologie von Fortschritt und Entwicklung in Frage und sucht nach Alternativen, die den Menschen mit den Gegebenheiten seiner natürlichen Umgebung zusammen denken. Auch die in den USA diskutierten und praktizierten „Communities of care“, z.B. das Kollektiv Dicentra aus Portland, versuchen, reproduktive Arbeit nicht mehr auszuklammern, und setzen der Individualisierung einen bewussten, gemeinsamen Umgang entgegen. Egal, ob es um psychische oder physische Krankheit geht, ob jemand zum Zuhören oder zum Kochen gebraucht wird, hier werden kollektive Formen entwickelt, um den Schleier über der Care-Arbeit zu lüften und diese bewusst neu zu verteilen.

Um eine andere Gesellschaft, in der Arbeit anders verteilt und Reproduktionsarbeit anerkannt ist, möglich zu machen, müssen natürlich auch strukturelle und materielle Veränderungen erkämpft werden. Ein Ansatzpunkt, den wir dabei immer wieder kontrovers diskutieren, könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen sein. Dadurch, dass Menschen nicht mehr zu Lohnarbeit gezwungen wären, um zu überleben, könnte Zeit und Raum für die individuelle Entfaltung von Bedürfnissen geschaffen werden. Damit wäre auch kulturelle und politische Arbeit möglich, ohne ständig abzuwägen, ob neben der Lohnarbeit noch Zeit übrig ist. Ein so veränderter materieller Rahmen könnte der Vereinzelung entgegenwirken und kollektive Aneignung von Raum und Zeit ermöglichen. Gleichzeitig könnte die Produktions- und Reproduktionsarbeit neu verteilt und ihre Zuweisung an ein männliches und weibliches Geschlecht überwunden werden. Wichtig wäre dabei, ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht auf einen nationalstaatlichen Rahmen zu beschränken und auf seiner Bedingungslosigkeit zu beharren, um nicht zum Aufbau neuer Grenzen beizutragen.

Weil mit einem bedingungslosen Grundeinkommen kein konsistentes Konzept verbunden ist und es von verschiedenen Seiten mit unterschiedlichem Inhalt ins Spiel gebracht wurde, müssten wir uns massiv dafür einsetzen, dass es keine reaktionäre Form annimmt. Eine solche reaktionäre Form könnte so aussehen, dass Sozialleistungen abgebaut werden und die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung mit der Argumentation forciert wird, dass Frauen durch das Grundeinkommen grundlegend versorgt seien und endlich wieder zu Kindern und Küche zurückkehren könnten, während der Mann das Einkommen durch außerhäusliche Lohnarbeit erhöhte. Im Gegensatz zu solchen Auslegungen machen wir uns für ein Konzept stark, das über den Kapitalismus hinaus weist, sich nicht mit Geldleistungen zufrieden gibt und auch den Kampf um Verteilung der Reproduktionsarbeit mit einschließt. Ein Grundeinkommen macht für uns nur Sinn, wenn wir durch unsere Kämpfe dafür sorgen, dass es soziale Diskriminierungen angreift, den gesellschaftlichen Reichtum unabhängig von Geschlecht und Herkunft verteilt sowie eine radikale Verkürzung der Lohnarbeitszeit durchsetzt. Wir müssten uns für die gesellschaftliche Entfaltung eines tatsächlich erweiterten Arbeitsverständnisses einsetzen sowie Debatten um die Ausgestaltung und Organisation von öffentlicher Infrastruktur, Verteilung von Wohnraum, Energie- und Gesundheitsversorgung und vieles weitere führen. Daran würde sich die Diskussion um Bedürfnisse und Fähigkeiten im Spannungsfeld von Anerkennung und Autonomie der Subjekte anschließen. Eine materielle Umverteilung, wie durch das bedingungslose Grundeinkommen, ist also nicht das Ziel, sondern nur ein möglicher Weg dahin.

Die aktuelle Krise zwingt uns, unsere Forderungen und Strategien global und von unten zu diskutieren, weiterzuentwickeln und



an ihrer Umsetzung zu arbeiten. In jeder Krise stecken die Wurzeln für etwas Neues. Es muss um eine radikale Nord-Südmverteilung und um eine andere Form der Verteilung und Regulierung von Arbeit gehen, ohne die Herrschaft von Patriarchat, Kapitalismus und Migrationsregimen fortzusetzen! Die alte Forderung nach der Aneignung der Produktionsmittel und der Hegemoniekampf in Zivilgesellschaft und politischer Sphäre sind unumstößlich mit der radikalen Umverteilung der notwendigen re-/produktiven Arbeit verbunden.

.....
d.i.s.s.i.d.e.n.t., Marburg

LITERATUR:

Abl, Gerald (2007): Kritische Psychologie.

Adorno, Theodor W. (1942): Thesen über Bedürfnis. In: Adorno, Theodor W. (1942): Soziologische Schriften I, S. 292-296.

Benjamin, Jessica (1982): Die Antinomien des patriarchalen Denkens: In Bonß, Wolfgang (u.a.) (1982): Sozialforschung als Kritik, S. 426-455.

Dicentra: <http://dicentracollegiate.wordpress.com/>

Engels, Friedrich (1847): Grundsätze der Kommunismus. In: Marx-Engels-Werke, Band 4, 1974, S. 361-380.

Engels, Friedrich; Marx, Karl (1848): Das Manifest der kommunistischen Partei.

Engels, Friedrich: Vorrede zum Manifest der kommunistischen Partei. In Marx-Engels - Werke. Band 21, 1975.

Fraser, Nancy (1989): Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht.

Heller Agnes (1978): Can „true“ and „false“ needs be posited? In: Lederer, Katrin (u.a.) (1978): Human Needs, S. 213-226.

Lutz, Helma; Schwalgin, Susanne (2008): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt.

Maler, Gerda (2010): Das Unsichtbare sichtbar machen. In: ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 552.

Marx, Karl: Deutsche Ideologie. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 3, 1958.



DER KAMPF FÜR DIE ENTEIGNUNG UND VERGESELLSCHAFTUNG VON ENERGIEKONZERNEN EIN RÜCKBLICK UND AUSBLICK AUS DÜSSELDORF

Der Impuls für die Beschäftigung mit diesem Thema kam in Düsseldorf nicht aus der Ökologie-Bewegung, sondern aus dem Bereich der Sozialen Kämpfe: Wir, die initiative k, beschäftigten uns seit unserer Gründung im Jahre 1994 sowohl theoretisch als auch praktisch mit dem Themenbereich Stadtentwicklung, Wohnungsnot, Armut. Dabei tauchte auch immer häufiger das Problem der armutsbedingten Stromabschaltungen auf.

Neben kleineren lokalen Interventionen wandten wir uns im Frühjahr 2008 mit dem Papier „Warum die Kampagne zur Enteignung und Vergesellschaftung von Energiekonzernen für die (radikale) Linke Sinn macht“ an die Offene Arbeitskonferenz der „Interventionistischen Linken“ (iL). In dem Papier formulierten wir:

„Für uns ist die Eigentumsfrage die Grundfrage in Hinblick auf die Überwindung der kapitalistischen Ökonomie. Ohne Überwindung des Privateigentums an (zumindest den zentralen) Produktions- und Distributionsmitteln kann u.E. keine nachkapitalistische, emanzipatorische Gesellschaft entstehen. Dabei wissen wir, dass die Enteignung notwendig, aber nicht hinreichend ist. Wir benutzen daher das Wortpaar Enteignung und Vergesellschaftung in unserer Arbeit, um den demokratischen und emanzipatorischen Charakter unseres Ziels zu beschreiben. Vergesellschaftung meint u.a. die Herstellung von dauerhafter demokratischer Kontrolle, partizipativen Gestaltungsmöglichkeiten, ökologisch und sozialer Zielorientierung und teilweiser Dezentralisierung.“

Zur Begründung, warum wir die Beschäftigung ausgerechnet mit Energiekon-

zernen für sinnvoll halten, führten wir aus:

„Weil anhand der Strom- und Mineralölkonzernen exemplarisch die Schädlichkeit des Kapitalismus für die Mehrheit der Bevölkerung demonstriert werden kann – und weil es jede Menge Anknüpfungspunkte für (radikal) linke Politik gibt.

Wir denken, dass die Energiekonzerne berechtigterweise verhasst sind. Ihre Oligopole sorgen für Extraprofite, herausgepresst aus den Millionen von Strom, Öl, Gas und Benzin abhängigen Menschen in diesem Land. Jede Nachzahlung, jede Preiserhöhung sorgt für Ärger – dem stehen satte Profite gegenüber.

Die Energiekonzerne werden von vielen Menschen aus sozialer, ökologischer und demokratischer Sicht als ein Übel ersten Ranges begriffen, was uns die Argumentation für ihre Enteignung und Vergesellschaftung erleichtert. Darüber hinaus denken wir, dass die Lösung der ökologischen Frage (Klimakatastrophe, AKWs etc.) für die Menschheit überlebenswichtige Bedeutung hat – und dass das Zeitfenster für die Lösung stetig kleiner wird.“

Als Elemente einer langfristigen, kontinuierlichen Arbeit zu diesem Thema wurden u.a. genannt:

„Kampf gegen die Privatisierung von städtischen Energieunternehmen bzw. für die Rekommunalisierung. Kampf für Sozialtarife in der Energiegrundversorgung. Kampf gegen Kohle- und Kernkraftwerke. Kampf für die Durchsetzung alternativer Energien in der Region. Kampf gegen die Verwendung von Nahrungsmitteln als Biosprit.“ Das Papier hält fest: *„Unser Erfolg hängt davon ab, ob auch andere Gruppen bereit sind, die Eigentumsfrage aufzugreifen. Wir haben*

daher hohes Interesse an einer Zusammenarbeit mit anderen Gruppen.“

Wenn jetzt, vier Jahre später, eine Zwischenbilanz zu ziehen ist, so enthält diese Fortschritte und Stagnation, aber erfreulicherweise keine Rückschritte.

Ein wichtiger Fortschritt ist in der Ausdehnung des Diskurses in größere Teile der Linken zu sehen. Waren es zunächst nur attac und kleinere Gruppen der radikalen Linken, die die Eigentumsfrage anhand der Energiekonzerne überhaupt thematisierten, so erweiterte sich das Spektrum durch die Übernahme entsprechender Positionen durch Teile der Linkspartei. Die LINKE NRW, immerhin der drittgrößte Landesverband dieser Partei, bestritt die Landtagswahl 2010 mit der Forderung nach Zerschlagung der Großkonzerne und führte im Wahlprogramm aus:

„Die Energiekonzerne in NRW – RWE und E.ON – müssen vergesellschaftet werden. Sie gehören in öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert, perspektivisch entflochten und dezentralisiert werden. Bereits privatisierte Anteile von Stadtwerken müssen rekommunalisiert werden. Die Energiepreise werden sozialverträglich gestaltet. Eine neue Energiepolitik ist an Energieeffizienz, Energieeinsparung, Förderung erneuerbarer Energien und Klimaschutz auszurichten.“

Die Reaktionen der bürgerlichen Kräfte waren eindeutig. „Wer ein solches Programm beschließt, steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes“ ließ sich der damalige NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) vernehmen, die SPD sprach von „Quartalsirren“ und die Grünen



by attenzione photographers

konstatierten „Damit katapultiert sich die Linkspartei endgültig ins politische Absurdistan“. Die reformistische Führung der Bundespartei der LINKEN war genervt, da die Chancen auf eine Regierungsbeteiligung in NRW und im Bund schwanden, aber die WählerInnen in NRW honorierten die antikapitalistischen Positionen mit über 430.000 Stimmen, 5,6% und 11 Landtagsmandaten.

Ein weiterer Fortschritt ist die Verankerung des Denkansatzes in Teilen der (post-) autonomen Linken. Wurde das Thema Eigentum dort lange Zeit weitgehend ignoriert oder völlig abstrakt („Alles für alle – und zwar umsonst“ / „Kapitalismus abschaffen“) behandelt oder auf individueller Lösungen in kleineren Milieus bezogen (Hausbesetzungen, Schwarzfahraktionen), so öffnete sich dieses Spektrum mit der Enteignungs-/Vergesellschaftungsposition beispielsweise in der Moorburg-Kampagne oder in der Kampagne Castor Schottern einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz.

Diese Fortschritte gehen einher mit einer Stagnation in einigen Bereichen. So gelang es bislang nicht, die Enteignungs- und Vergesellschaftungsposition in breiten Kreisen der Bevölkerung zu verankern oder in den Massenmedien auch nur ansatzweise unterzubringen. Zugleich gelang es nicht, die Bedeutung des Zusammenhangs von Enteignung und Vergesellschaftung innerhalb der Linken breit zu verankern.

Die Gründe für die nicht vorhandene Massenakzeptanz der Enteignungs- und Vergesellschaftungsposition sind vielfältig. Zwar ist die absolute Mehrzahl der Bevölkerung beispielsweise von steigenden Energiekosten betroffen, dennoch resultiert aus der Erfahrung von Missständen nicht automatisch Widerstand. Hinzu kommt, dass die von uns angebotene Lösung – so sie denn überhaupt bekannt ist – als tiefer Eingriff in eine komplexe Welt

wahrgenommen wird, an dessen Erfolg im Sinne einer (schnellen) Lösung der eigenen Probleme gezweifelt wird. Ebenfalls hemmend: Die (radikale) Linke verfügt derzeit weder über das AktivistInnenpotential, noch über den Medienzugriff, um das Thema zügig in breiten Kreisen der Bevölkerung zu verankern. Dort, wo die (radikale) Linke bislang jedoch aktiv wurde, gab es von gut einem Drittel der mit der Enteignungs-/Vergesellschaftungsposition konfrontierten Menschen Zustimmung. Beachtlich ist die vorhandene Furcht der AktivistInnen vor einem vermeintlichen Populismus – so gab es beispielsweise bisher keine Aktivitäten, um die ständig steigenden Benzinpreise zugunsten einer ökologisch konnotierten Enteignungskampagne gegen die Mineralölkonzerne (als Teil der Energiekonzerne) zu wenden.

Die Bedeutung des Zusammenhangs von Enteignung und Vergesellschaftung trifft bei vielen Linken aus verschiedenen Gründen auf Unverständnis oder Ablehnung. Ein Teil scheut die Zustimmung zum autoritären Akt der Enteignung. Hier herrscht u.a. die Illusion vor, dass man die Macht der Großkonzerne nicht durch Enteignung brechen müsse, sondern – beispielsweise mittels Genossenschaften – mit diesen konkurrieren könne. Einige befürchten eine prinzipielle Ablehnung von weiten Teilen der Bevölkerung, die vielleicht die Inhalte teilen könnten, aber von den verwendeten Begriffen abgeschreckt werden. Enteignung hört sich zudem auch ein bisschen nach Sozialismus/Kommunismus an, da wollen viele reformorientierte Linke nichts mit zu tun haben. Diese Haltung ist anschlussfähig an die Position, die das Dezentrale, das vermeintlich Demokratische der Vergesellschaftung soweit akzentuiert, dass es ins Individualistische („Jeder kann schon jetzt seinen Strom selber machen“) und damit ins Ungefährliche für das Bestehende abdriftet.

Demgegenüber ist festzuhalten:

- Die Enteignung bestimmter Sektoren der Wirtschaft ist zwar im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, muss aber nicht zwangsläufig antikapitalistisch sein. Die Geschichte bürgerlicher Staaten kennt eine Reihe von Enteignungen im Interesse der Stabilisierung des Gesamtsystems. Unter den Bedingungen der BRD ist eine Enteignung der Energiekonzerne zugunsten von staatlichen Konzernen oder kleineren nichtstaatlichen Unternehmen durchaus denkbar. Damit wäre unsere Vorstellung von Vergesellschaftung noch nicht umgesetzt, dennoch sehen wir darin einen Fortschritt gegenüber der jetzigen Situation

- Vergesellschaftung darf nicht als Insellösung gedacht werden. Vergesellschaftete Betriebe, die unter kapitalistischen Bedingungen mit kapitalistischen Konzernen konkurrieren müssen, haben aus ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung heraus auf dem Markt Nachteile gegenüber den profitorientierten Konzernen. Notwendig ist daher, die Enteignung und Vergesellschaftung innerhalb eines Staatsterritoriums mindestens auf Branchenebene. Perspektivisch natürlich international.

- Vergesellschaftung bedeutet nicht die Konkurrenz beispielsweise von privaten StromerzeugerInnen oder Genossenschaften untereinander, sondern die planvolle Entwicklung einer ökologischen und sozialen Wirtschaft.

- Der letzte Punkt berührt nicht nur die formale Eigentumsstruktur, sondern auch die Frage des Verhältnisses von Zentralität zu Dezentralität: Auf welcher Ebene ist es sinnvoll zentral bzw. dezentral Entscheidungen zu treffen? Welcher gesellschaftliche Vorteil wäre beispielsweise erreicht, wenn 30 regionale Genossenschaften Benzin in der BRD verkaufen würden? Würde da nicht ein einziger Staatskonzern unter demokratischer Kontrolle mehr Sinn machen?

Die Beschäftigung mit der Eigentumsfrage ist eine unumgängliche Aufgabe für die radikale Linke. Denn solange die Mehrheit der Bevölkerung (und insbesondere die Mehrheit der Lohnabhängigen) das Eigentum der (Groß-)Konzerne nicht in Frage stellt, ist die Überwindung des Kapitalismus unmöglich.

Zugleich erfordert die Eigentumsfrage die Beschäftigung mit weiteren Aspekten der gesellschaftlichen Umgestaltung: Was bedeutet planmäßiges Handeln? Wer plant aufgrund welcher Ziele? Was meint bedürfnisgerechte Produktion und Verteilung – insbesondere von knappen Gütern? Was bedeutet gesellschaftliches Eigentum in Hinblick auf demokratische, partizipative Strukturen? Welche Arbeitszeitmodelle sind dafür notwendig?

Offenkundig ist, dass diese Fragen von Kleingruppen weder umfassend mit der nötigen Qualität beantwortet werden können, noch die aus den Antworten resultierenden Positionen in der Gesellschaft hegemonial gemacht werden können. Die Eigentumsfrage zwingt daher auch, über Organisation und Intervention nachzudenken.

Aus dem bislang Genannten resultieren folgende Aufgaben, an deren Bewältigung die (radikale) Linke teilweise bereits arbeitet:

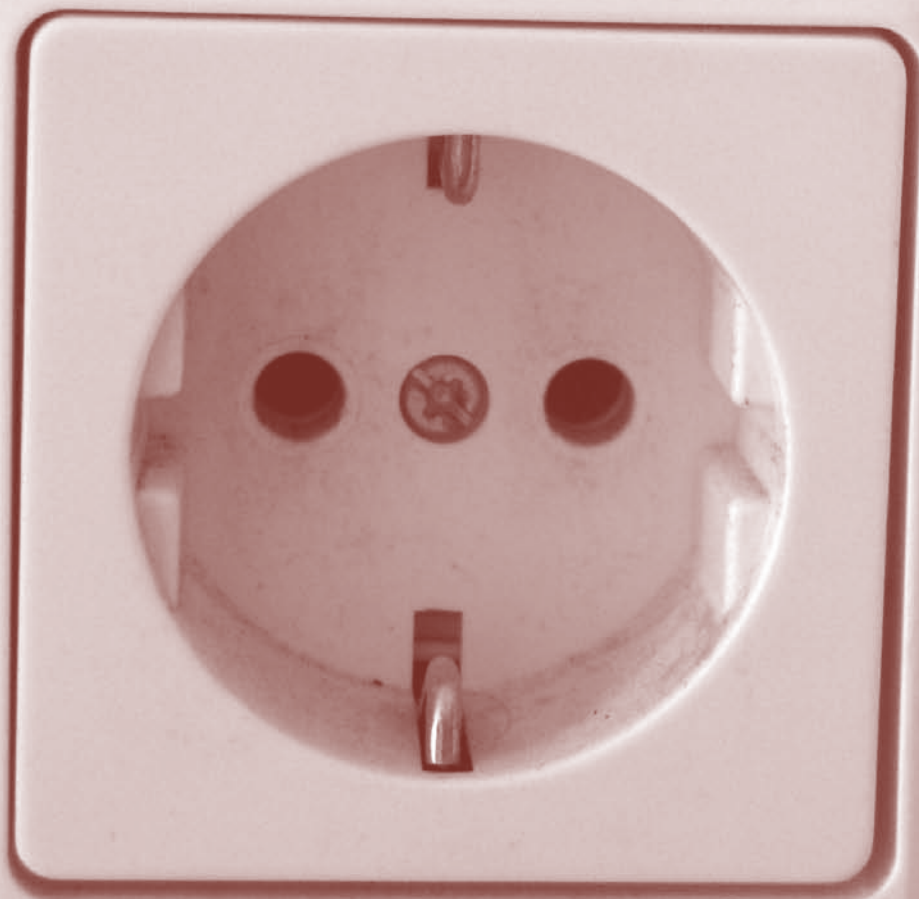
- Formulierung einer Kritik des Bestehenden sowie der daraus abgeleiteten Alternativen, sowohl im Rahmen des Kapitalismus (Reform, bei Betonung der Begrenztheit) als auch nach dem Bruch mit dem Kapitalismus (Revolution), inklusive der Beantwortung der Fragen des formellen Eigentums sowie der Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten. Ein wesentlicher Schritt ist dabei, die Frage der Energiepolitik nicht mehr vorwiegend unter klassenneutralen ökologischen Gesichtspunkten zu thematisieren, sondern den Blick auf den Klassencharakter der sozialen Seite der Energiepolitik zu schärfen.

- Formierung eines antimonopolistischen Blocks unter Einchluss prokapitalistischer Kräfte, Bildung von Bündnissen, die die Macht der Großkonzerne zurückdrängen und konkrete Reformschritte zu realisieren versuchen. Rekommunalisierung der Energieerzeugung und -verteilung bzw. die Überführung in Genossenschaften, bei Festschreibung einer sozialen und ökologischen Orientierung als konkreter Reform.

- Aufbau einer Struktur der radikalen Linken, die in der Lage ist, den notwendigen Bruch mit dem Kapitalismus in der Gesellschaft zu verankern und vorzubereiten.

Das alles wird lange brauchen und von Experimenten, Fehlern und deren Korrekturen begleitet sein. Viele Probleme und deren Lösungen werden sich erst im Verlauf einer gemeinsamen Praxis ergeben. Wir arbeiten daran.

.....
initiative k, Düsseldorf



VERGESELLSCHAFTUNG: SOWJETMACHT IN DER ELEKTRIFIZIERUNG?

Aller Kämpfe und Brüche in den vergangenen Jahren zum Trotz schlägt sich die Unvernunft kapitalistischen Wirtschaftens auch in der Energieproduktion weiterhin in all ihrer Destruktivität nieder: Gegenwärtig machen Großkonzerne wie Vattenfall jährlich Millionengewinne, während alleine in Berlin jedes Jahr geschätzten 25.000 Haushalten der Strom „abgeklemmt“ wird, weil sie ihre Rechnung nicht zahlen können. Über ihre langfristige etablierten Verbindungen in zentrale Staatsapparate und mit öffentlichen Werbekampagnen versuchen die Energieriesen selbst moderate Reformen im Energiebereich zu verhindern. Jüngstes Beispiel ist Vattenfalls Drohung mit einer Schadensersatzklage vor der WTO, mit der sich der Staatskonzern von der deutschen Regierung für die Schließung ihrer AKWs entschädigen lassen will. Weiterhin wird auf Kohle- und Atomkraft gesetzt. Nur wenn es genug Gewinn verspricht, wird vorsichtig ins Terrain erneuerbarer Energien vorgestoßen. Es überrascht uns nicht und ist deutlicher denn je: Eine ökologische, dezentrale, soziale und demokratisch kontrollierte Energieversorgung setzt eine Enteignung und Vergesellschaftung der Energieriesen voraus. Die Forderung nach Vergesellschaftung der Energieproduktion beinhaltet für uns erstens, dass der Zugang zu Gütern der Daseinsvorsorge nicht marktförmig und damit profitorientiert organisiert wird, sondern allen unabhängig von ihrem Einkommen zugänglich sein muss. Sie beinhaltet zweitens, dass Verteilung und Produktion in einem demokratischen Prozess ausgehandelt werden.

Drittens sollte sie auf das alleinige Ziel der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse beschränkt sein.

VERGESELLSCHAFTUNG KONKRET

In Berlin hat sich vor einigen Monaten der Berliner Energietisch gegründet, der als Ziel die Rekommunalisierung der Energienetze und die Gründung eines kommunalen Stadtwerks hat. Die beteiligten AkteurInnen sind heterogen und umfassen Organisationen wie Attac, BUND, die lokale Initiative für die Umsetzung der AGENDA 21, Klimaschutz-NGOs, Gruppen aus der radikalen Linken und Einzelpersonen u.a. aus der Linkspartei. Durch ein Volksbegehren soll der Berliner Senat zu der Umsetzung des Ziels gezwungen werden. FelS beteiligt sich an der Kampagne, weil wir auf diesem Wege die allgemeine Vergesellschaftungsforderung in einen konkreten, gewinnbaren Kampf übersetzen und ihre Möglichkeiten, Grenzen und Fallstricke ausloten wollen. Außerdem laufen in der Kampagne viele unserer politischen Forderungen zusammen. Es geht um den Umstieg auf erneuerbare Energien, eine Demokratisierung, Dezentralisierung und Sozialisierung - und damit insgesamt um einen Systemwechsel. Nicht zuletzt lässt dieser Kampf sich in die Debatte um die Schaffung Sozialer Infrastruktur einordnen (vgl. www.links-netz.de). Kern des Kon-

zepts ist der Wandel der Sozialpolitik, weg von der lohnarbeitsbasierten Sozialversicherung hin zu einer bedingungslosen und öffentlichen Bereitstellung zum (guten) Leben notwendiger Güter. Ein wichtiges Grundgut ist Energie.

Wir möchten nun darstellen, warum die Rekommunalisierungskampagne des Berliner Energietischs für uns ein zentraler Punkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist. Dabei geht es uns auch um den Versuch, möglichst weitgehende Forderungen tatsächlich in die Praxis umzusetzen. Das ist natürlich ein komplexer und schwieriger Aushandlungsprozess mit vielen AkteurInnen.

ERNEUERBARE UND DEZENTRALE ENERGIEVERSOR- GUNG

Vattenfall, Quasi-Monopolist in der Berliner Stromversorgung, vermittelt gerne das Image eines innovativen, grünen Unternehmens. Tatsächlich basiert die Stromerzeugung des Konzerns zu über 90% auf fossilen Energieträgern. Medienwirksame Projekte wie die Beteiligung am Windpark alpha ventus können nicht darüber hinwegtäuschen, dass „die Erneuerbaren“ bisher nur eine untergeordnete Rolle bei dem schwedischen Staatskonzern spielen. Vattenfall plant weiter den Bau von Braunkohlekraftwerken und kämpft verbissen um jeden Tag

AKW-Laufzeit. Der Konzern setzt somit ungebrochen auf Großkraftwerke. Damit wird auch der notwendige dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien massiv verhindert. Die Geschäftspolitik von Vattenfall ist ganz klar der Versuch, den Status quo zu bewahren und Ausdruck eines rein profitorientierten Wirtschaftens.

Im Gegensatz zu den Energieriesen mit ihrem kommerziellen Interesse an immer größerem Energieverbrauch könnte ein kommunales Berliner Stadtwerk gesamtgesellschaftlich vernünftige Energiesparmaßnahmen aktiv fördern und die Senkung des Energieverbrauchs als ein zentrales Ziel verfolgen. Um das zu verwirklichen, sollen z.B. einkommenschwächere Menschen finanziell bei der Anschaffung ressourcenschonender Haushaltsgeräte unterstützt werden.

Wir fordern eine Abkehr von Großprojekten. Riesige Offshore-Windparks oder Solarprojekte wie „Desertec“ im nördlichen Afrika verändern vielleicht die Form der Energieerzeugung, aber nicht die Struktur des Energiesystems und verfestigen damit die Dominanz der Konzerne. Stattdessen brauchen wir eine dezentrale Versorgungsstruktur. Je dezentraler die Energieinfrastruktur, desto größer und leichter ist die lokale Kontrolle und die Mitbestimmung vor Ort: 100 Prozent erneuerbare Energie ist auch ohne riesige Windparks im Meer oder neokoloniale Energieprojekte in der Sahara möglich.

DEMOKRATISCH

Vergesellschaftung bedeutet auch Demokratisierung. Zwei Eigenschaften des zu gründenden Berliner Stadtwerks zielen auf die Stärkung direktdemokratischer Organisation ab: Erstens die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, der z.B. die täglichen Leitlinien der Geschäftspolitik und die GeschäftsführerInnen benennt. Dieser soll sich zum größten Teil (13 von 15 Mitgliedern) aus VertreterInnen der Beschäftigten und aus von der Berliner Bevölkerung direkt gewählten Mitgliedern zusammensetzen. Zweitens, und das ist hinsichtlich einer Demokratisierung des Energiesystems bedeutsamer, sind jährlich stattfindende Versammlungen auf Ebene der Berliner Bezirke vorgesehen. Dort kommen die KundInnen des Stadtwerks sowie andere interessierte BerlinerInnen zusammen und werden von einem Mitglied aus dem Verwaltungsrat über vergangene und künftige wichtige Entscheidungen des Stadtwerks informiert. Die Versammlungen sind jedoch nicht nur ein Ort, an dem der Verwaltungsrat direkte Rechenschaft ablegen muss, sie sind auch ein Ort, an dem sich Initiativen gründen können, um Vorschläge zu erarbeiten, mit denen sich der Verwaltungsrat befassen soll. Das sind natürlich nur zaghafte Anfänge einer kollektiven Organisation zur Kontrolle über das Stadtwerk. Diese entsprechen den im Rahmen eines heterogenen Bündnisses ausgehandelten Kompromissen, die immerhin Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten darstellen, die über etablierte repräsentativ-parlamentarische Mitwirkungsmöglichkeiten hinaus gehen.

Natürlich stößt der Versuch, für die „Geschäftspolitik“ eines Unternehmens, das in einem kapitalistischen Umfeld agiert, in einem demokratischen Prozess konkrete Leitlinien zu definieren, auf strukturelle und juristische Hindernisse. Unter den Bedingungen einer stark individualisierten und entpolitisierten Gesellschaft lässt sich eine basisdemokratische Teilhabe an Richtungsentscheidungen selbstverständlich nicht per Gesetz anordnen. Aus zwei Gründen halten wir den Versuch, die Produktion von Energie bei allen bestehenden Grenzen einer möglichst unmittelbaren demokratischen Kontrolle zu unterwerfen (zum Beispiel in Form der KundInnenversammlungen), dennoch für lohnenswert: Erstens als Möglichkeit, Entscheidungen, die gegen das Interesse der von ei-

ner Entscheidung betroffenen Bevölkerung gerichtet sind (z.B. Bau eines Kohlekraftwerks), durch öffentlichen Druck zu verhindern. Zweitens, weil wir glauben, dass die Einrichtung entsprechender partizipatorischer Strukturen zu einer Repolitisierung und Verbreiterung der Diskussion um solidarische und ökologische Energieversorgung beitragen kann und diese nicht mehr aufgrund mangelnder Einflussmöglichkeiten und vermeintlich fehlenden Wissens den ExpertenInnen überlassen wird.

Juristische Hindernisse umfassen z.B. die Pflicht, den Erwerb der Energienetze wettbewerblich zu organisieren. Das entspricht einem Verbot, deren automatische Rekommunalisierung mittels eines Volksbegehrens zu veranlassen. Hintergrund ist ein übergeordnetes Bundesgesetz, das eine neoliberale Staatlichkeit fest schreibt. Darüber hinaus zeigt die reale Vergabepaxis, dass in der Regel große Unternehmen privilegiert werden. Zum einen können nur sie bestimmte Anforderungen erfüllen, zum anderen ist ihnen ein vordergründiges Preisdumping möglich. Schließlich darf das Volksbegehren keine Vorgaben zur Tarifgestaltung machen, das heißt, es darf den Berliner Senat nicht zu konkreten Modellen einer sozial gerechten Stromversorgung zwingen.

SOZIAL

Den Warencharakter von „Energie“ vollständig abzuschaffen, ist im Rahmen einer isolierten Stadtwerksgründung nicht möglich.

Ein Tarifmodell mit einer kostenlosen Grundversorgung bei progressiv ansteigenden Preisen bei hohem Energieverbrauch kann aber ein erster Schritt sein, um den Warencharakter von Energie in Frage zu stellen und die notwendige Transformation hin zu einem öffentlich verhandelten Grundgut einzuleiten. Vernünftige Arbeitsbedingungen und eine direkte Beteiligung der Beschäftigten an Unternehmensentscheidungen sowie ein Verzicht auf Stromsperren für einkommenschwächere Haushalte zur Verhinderung von Energiearmut sollten im neu gegründeten Stadtwerk ohnehin durchsetzbar sein. Letzteres darf nicht auf die Frage reduziert werden, wie groß der Anteil des Einkommens ist, der für Strom und Wärme aufgewendet werden muss. Es muss auch berücksichtigt werden, dass Menschen mit geringem Einkommen häufiger nur Geräte mit einem hohem Energieverbrauch finanzieren können und in billigeren und damit eher schlecht gedämmten Wohnungen leben.

Hier trifft die Forderung nach Vergesellschaftung auf bereits passende technische Grundlagen: Die Praxis, dass die NutzerInnen einem einzelnen Stromanbieter Geld bezahlen müssen, ist ein reiner Akt nachträglicher Rechnerei – welches Kraftwerk den Strom, der aus unseren Steckdosen kommt, tatsächlich hergestellt hat, ist nicht ermittelbar. Die Netzspannung ist zumindest ihrer technischen Beschaffenheit nach ein bereits vergesellschaftetes Gut, Strom der Tendenz nach kommunistisch.

HORIZONTE ERWEITERN

Die konkrete Form, die ein per Volksentscheid durchgesetztes Stadtwerk annehmen würde, ist Gegenstand von Aushandlungen und Kräfteverhältnissen im Energietisch-Bündnis. Dabei sind die Entscheidungen der Menschen im Kontext der aktuellen Kampagne eng verknüpft mit ihrem Alltagsverstand, der subjektiven Wahrnehmung ihrer Interessen und dem öffentlichen Diskurs darüber, welche Form der Energiegewinnung und -versorgung die richtige für Berlin ist. Mehr noch, die zivilgesellschaftlichen Akteure, die in diesem Bündnis aufeinandertreffen, sind als Teil des „integralen Staates“ (Gramsci 1991) selbst herrschaftsförmig orga-



nisiert, so dass sich große Verbände in der Regel gegen kleinere und kritischere Akteure durchsetzen können. Innerhalb des Bündnisses gab es unterschiedliche Vorstellungen und Interessen, z. B. über die Fragen, wie weit etwa die Demokratisierung der Energieversorgung gehen sollte und wie stark ein Grundrecht auf ein lebensnotwendiges Maß an Energie für alle auch praktisch umgesetzt werden sollte. FeLS ist es in vielen Punkten gelungen, durch verbindliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit Entscheidungen des Bündnisses nach links zu verschieben.

Auch außerhalb der Bündnisses bewegen wir uns als antikapitalistische Gruppe im Kontext dieser Rekommunisierungskampagne in einem politischen Spannungsfeld: Zwischen Teilen des Staatsapparats, die die Interessen des Multis Vattenfall unterstützen und anderen Teilen des Staatsapparats (meist Oppositionsparteien, aber auch Teile der regierenden Parteien), die der Rekommunisierungsidee positiv gegenüber stehen. Um in diesem widersprüchlichen Feld politisch zu intervenieren, kann sich ein Rückgriff auf die „Doppelstrategie“ (Poulantzas 2002) als fruchtbar erweisen:

Einerseits setzt diese Strategie darauf, auch mit staatlichen Methoden und innerhalb staatlicher Apparate für progressive Veränderungen zu kämpfen und damit zunächst die Kräfteverhältnisse zu verschieben. Damit die Erfolge über begrenzte und permanent bedrohte Reformschritte hinausgehen, muss es das Ziel sein, die Apparate selbst radikal zu demokratisieren und effektive Brüche in der kapitalistischen Struktur des Staates zu erreichen. Davon ist die Energietisch-Kampagne zweifellos weit entfernt. Dennoch ist sie ein ermutigendes Beispiel, wie unter den gegebenen Kräfteverhältnissen mit den Mitteln der direkten Demokratie unmittelbare Verbesserungen auf dem Terrain des Staates erkämpft und dabei neue

Organisationen (Stadtwerk und Netzgesellschaft) mit einer neuen demokratischen Qualität geschaffen werden können.

Andererseits muss der Weg durch die Institutionen in dieser Doppelstrategie von einem außerinstitutionellen Kampf begleitet sein, um zu verhindern, dass er in ein staatstragendes Projekt mündet. Aus einer unabhängigen Bewegungsperspektive heraus müssen radikalisierte Forderungen und Aktionsformen entwickelt werden, die im günstigen Fall den institutionellen Kampf unterstützen, aus der Distanz politischen Druck aufbauen und den Prozess vor sich hertreiben. Die Anti-Vattenfall-Kampagne, die FeLS versucht, zusammen mit ihren BündnispartnerInnen aufzubauen, kann ein gutes Beispiel dafür werden, wie der außerinstitutionelle Teil einer solchen Strategie aussehen kann. (Vgl.: <http://fels.nadir.org/de/energiekaempfe> und <http://vattenfallindietonne.blogspot.de/>).

SYSTEMWECHSEL

Für die Transformation des Energiesystems hin zu einer ökologisch nachhaltigen und vergesellschafteten Form der Produktion und Bereitstellung von Energie ist die Gründung eines Stadtwerks nur ein erster Schritt. Letztlich bleibt der Strommarkt liberalisiert, womit die Konkurrenz zu anderen Anbietern weiterhin besteht. Diese können durch das Anbieten von Atom- und fossilem Strom sowie durch eine gewinnorientierte Unternehmensstruktur unter den bestehenden Bedingungen wettbewerbsfähig durchaus im Vorteil sein. Ein Stadtwerk bewegt sich in den Grenzen marktwirtschaftlicher Konkurrenz und produziert Energie somit zwangsläufig nicht als Allgemeingut, sondern als Ware. Auch wenn unsoziale Auswüchse wie z.B. Stromsperrern durch eine sozialer orientierte Geschäftspro-

litik wahrscheinlich gemindert werden können, hätte ein Stadtwerk mit den bekannten Problemen „alternativer“ Produktionsformen zu kämpfen: Der Zwang, sich in der „freien Konkurrenz“ behaupten zu müssen, führt häufig zu Anpassung oder zum ökonomischen Scheitern solidarischer Projekte. Hier zeigt sich eine prinzipielle Grenze des Versuchs, innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Struktur ökonomische Teilbereiche (oder auch nur einen Anbieter in diesem Teilbereich) unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Dennoch hebt sich der Berliner Versuch unserer Meinung nach von Ansätzen einer selbstverwalteten Nischenökonomie (Kollektivkneipen, -werkstätten u.ä.) ab: Es geht schließlich darum, die Befriedigung eines wichtigen Grundbedürfnisses in einer Millionenmetropole aus der Sphäre privater Profimaximierung zu nehmen und demokratisch zu kontrollieren. Man könnte sich dennoch die Frage stellen, ob das Projekt der Vergesellschaftung ein heute realistisch umsetzbares ist, solange das Umfeld ein kapitalistisches bleibt. Zwei Probleme wurden oben bereits genannt: die mangelnde Erfahrung in Selbstorganisation und basisdemokratischer Kontrolle sowie die fortbestehende marktwirtschaftliche Konkurrenz mit ihren prinzipiellen Einschränkungen des Entscheidungsspielraums. Klar bleibt dennoch: Ein Kernpunkt für jeden Versuch der Vergesellschaftung ist das Ende profitorientierten Wirtschaftens und – damit verbunden – die Eigentumsfrage. Es kann jedoch nicht abstrakt um den Aufbau einer Vergesellschaftungsbewegung gehen, die irgendwann die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse en bloc umstürzt. Diese können nur in einem langfristigen Transformationsprozess verändert werden, der von vielen kleinen Kämpfen, aber auch effektiven Brüchen geprägt ist. Dafür müssen ausgehend von den konkreten historischen Bedingungen Interventionspunkte identifiziert werden. Es gibt gute strategische und inhaltliche Gründe dafür, sich hierbei zunächst auf die grundlegenden Dienstleistungen der Daseinsfürsorge (wie Gesundheit, Bildung und Energie) zu konzentrieren, die z.T. erst während der neoliberalen Privatisierungswelle für privates Kapital geöffnet wurden. Die Energieriesen bieten sich mit ihrem miserablen Image als Objekt für eine Vergesellschaftungskampagne an.

Doch eine umfassende Vergesellschaftung der Energieversorgung kann auch vor den Erneuerbare-Energie-Unternehmen nicht halt machen. Seit einigen Jahren boomt diese neue, weltmarktorientierte, grüne Kapitalfraktion. In diesem Sinne ist die Vergesellschaftungsforderung auch als ein zentrales Gegenkonzept zum grünen Kapitalismus zu verstehen.

Die Möglichkeiten, die das deutsche Recht für Vergesellschaftungsschritte eröffnet (Volksbegehren, Enteignung nach Artikel 14 und 15 Grundgesetz), sind das Ergebnis früherer Kämpfe. Insofern sind die Staatsapparate durchaus partiellen Forderungen von unten zugänglich. Es hängt jedoch von den aktuellen gesellschaftlichen Stimmungen und Kräfteverhältnissen ab, wie diese rechtlichen Spielräume praktisch ausgefüllt werden. Da die Staatsapparate jedoch auf herrschaftsförmigen Strukturen basieren und systema-

tisch die Interessen des Kapitals (hier der Energieunternehmen) begünstigen, muss in dem anzustrebenden Transformationsprozess die vorherrschende Form des Staates selbst überwunden werden.

VERGESELLSCHAFTUNG ALS PERSPEKTIVE VON ENERGIEKÄMPFEN

Auf der Welt herrscht Aufbruchsstimmung. Die Energiekämpfe haben in den letzten Jahren weltweit stark angezogen. So gab es unter anderem in Malaysia, Indien, Australien und Kolumbien große Proteste gegen geplante Kohleminen. Auch wenn die Energiekämpfe in Deutschland noch nicht so stark zu spüren sind, tut sich doch einiges: In verschiedenen Städten und Gemeinden setzen sich Menschen zumindest für die Rekommunalisierung der Energieversorgung ein, Tausende protestieren gegen die Atomenergie, in vielen Städten arbeiten lokale Bündnisse gegen geplante Kohlekraftwerke und für eine lokale Energiewende. An diese Bewegungen müssen wir anknüpfen. Denn sie sind Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem Bestehendem und letztlich auch Kritik an der kapitalistischen Verfasstheit der Gesellschaft. Vergesellschaftung – als Idee und als Begriff – kann hierfür einen wichtigen Anknüpfungspunkt bieten, da sie die facettenreichen Kämpfe auf eine gemeinsame Perspektive zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse ausrichtet.

.....
FelS - Für eine Linke Strömung, Berlin

LITERATUR:

Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Hrsg. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Nachdruck. Hamburg: VSA.



GESUNDHEIT IST NICHT PRIVATSACHE GESAMTGESELLSCHAFTLICHES RISIKO VERGESELLSCHAFTEN!

Die Gesundheitsversorgung ist weltweit von grotesk hoher Ungleichheit gekennzeichnet. Zur Behandlung einer Krankheit kann bei einem versicherten Menschen aus der so genannten 1. Welt, mehr als das tausendfache aufgebracht werden, als für einen durchschnittlichen, nicht versicherten Menschen aus der sogenannten 3. Welt. Erstmals seit Jahrhunderten sinkt die Lebenserwartung im „reichen“ Deutschland mit seinem hohen Gesundheitsstandard. Statistisch leben Arme, wie Hartz-IV-EmpfängerInnen, aktuell um bis zu 3,5 Jahre weniger als noch durchschnittlich vor zehn Jahren.

In dem folgenden Text wollen wir uns zunächst mit der Situation im Gesundheitswesen beschäftigen. Der detaillierte Blick auf die Finanzierung durch das System der Krankenkassen, auf die Beschäftigten und ihre Arbeitsverhältnisse und auf die Prämissen der Pharmaindustrie im Bereich der Forschung und Entwicklung offenbart eine Vielzahl von Problemen. Probleme, die für Millionen Menschen massive, zum Teil tödliche, Auswirkungen auf ihr Leben haben. Daran schließt sich die Frage an, wie es anders gehen könnte, wie eine radikale Neuausrichtung praktisch aussehen könnte und welche Schritte erste Verbesserungen versprechen könnten.

KRANKENVERSICHERUNG, GRUNDPFEILER DES ALTEN SOZIALSTAATES

Die Entstehung der Sozialversicherung in Deutschland gilt als Beginn des Sozial- oder Wohlfahrtsstaates in Deutschland und Muster für ein europäisches oder weltweites Vorzeigemodell. Rechte Thinktanks ebenso wie klassisch-liberale Vertreter des Kapitals bezeichnen dies bisweilen als Beginn des Staatssozialismus. Tatsächlich reagierte der Staat seinerzeit auf gesamtgesellschaftliche Risiken und Probleme.

„Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte“, gab Fürst Bismarck in seinen Memoiren dann offenherzig zu. So viel Offenheit schätzen Linke, aber auch ohne des Fürsts Ausplaudern hätten wir

es zu dieser Analyse gebracht, denn klar ist: Kapitalismus ist keine Veranstaltung von Philanthropen. Hatte seinerzeit der Staat als ideller Gesamtkapitalist allgemeine Schutzbarrieren gegen Hyperausbeutung festgesetzt, an denen der Einzelkapitalist kein Interesse haben konnte, so hat sich diese „staatliche Fürsorge“ inzwischen geändert. Schutz vor Hyperausbeutung sind den Konzernen gerade im Hinblick auf die internationale Konkurrenz ein Dorn im Auge und daher immer wieder Anlass für Klagen über die „hohen Lohnnebenkosten“. Insbesondere international hat sich das Kapital aber auch eine Vielzahl von Freiräumen geschaffen, in denen sie sich nicht über Sozialleistungen und Umweltstandards beschweren müssen. So wird über das bestehende Gesundheitssystem oft nicht mehr als soziale Errungenschaft gesprochen, sondern als Belastung für die Arbeit“geber“.

Das System der deutschen Sozialversicherungen basiert heute auf 5 Säulen: gesetzliche Krankenversicherung (eingeführt 1883), Unfallversicherung (1884), gesetzliche Rentenversicherung (1889), Arbeitslosenversicherung (1927) und Pflegeversicherung (1995). Festzuhalten ist aber, dass die Einführung der Pflegeversicherung 1995 vor allem Pflegeleistungen, die bis dahin aus der Krankenversicherung und vor allem von der Sozialhilfe bezahlt wurden, in den neuen Zweig verlagerte. Geldleistungszahlungen sollten bezwecken, dass Familienmitglieder ihre Angehörigen zu Hause pflegen anstatt berufstätig zu sein – klar: pflegende Frauen. Konservative Sozialpolitik setzte hier ihr Lieblingsmodell durch und Wirtschaftsliberale schufen ein neues Marktsegment: ambulante, private Pflegedienste schossen seitdem aus dem Boden.

Die Geldmittel der Versicherungen stammten zunächst aus der so genannten paritätischen Finanzierung, d.h. Arbeit“geberInnen“ und Arbeit“nehmerInnen“ zahlten zu gleichen Teilen in die Versicherungen ein. Inzwischen ist dieses Prinzip vielfach durchlöchert und in der Krankenversicherung mit der Einführung der Kopfpauschale 2009 grundsätzlich in Frage gestellt. Der Widerstand gegen die Abschaffung der solidarischen Finanzierung hielt sich einerseits in Grenzen, weil die künftigen hohen Zuzahlungen, die Menschen mit geringerem und ohne Einkommen erdrücken werden, in die mittelfristige Zukunft verlagert wurden und andererseits, weil die Gewerkschaften einmal mehr auf eine prinzipielle Auseinander-

setzung verzichteten. Bei Wirtschaftseinbruch auch in der BRD, wird das Problem massiver zusätzlicher Zahlungen von gesetzlich Versicherten schlagartig aufkommen. Die Leistungen der Sozialversicherung werden überwiegend durch Beiträge der Versicherten und nur zum Teil durch Steuern (bspw. bei mitversicherte Familienmitglieder, Mutterschutz oder z.B. wegen gesetzlicher Ausweitung von Rentenberechtigten etc. pp.) aufgebracht. Es handelt sich also um erarbeitete Verdiensteile und nicht um eine „staatliche soziale Hängematte“. Die Einnahmen und Ausgaben des Sozialsystems der Sozialversicherung sind staatlich reguliert. In Statistiken und Darstellungen werden die Sozialversicherungen („5 Säulen“) dann auch als staatlicher Sektor dargestellt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung), obgleich dies unter dem Blickwinkel der Finanzierung irreführend ist.

Die derzeitigen Abbruchmaßnahmen bei der traditionellen Sozialversicherung beklagen nicht nur Sozialdemokraten oder Gewerkschaften. Aber der Wunsch nach einer Rückkehr zu Bismarcks Zeiten verklärt vieles. Tatsächlich war die Leistung der Sozialversicherung seinerzeit zu gering für die notwendige soziale Absicherung. Eine Motivation der Sozialgesetzgebung wurde genannt. Eine andere verdient ebenso berücksichtigt zu werden. Bismarck führte die Unfallversicherung mit dem Beifall der Kapitalvertreter in Form „korporativer Genossenschaften“ ein (Gall 1993, S. 649). Die sollten Modellcharakter für einen konservativen Ständestaat abgeben. Immerhin waren Krankenversicherung und Unfallversicherung auf genossenschaftlicher Grundlage selbstverwaltet organisiert – mit Unterbrechung im Nationalsozialismus bis heute (Schroeder/Bureau 2008, Müthling 1966).

GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNG – EIN ERFOLGS- UND VORZEIGEMODELL, DAS ES ZU VERTEIDIGEN GILT?

Die Arbeiter zahlten anfangs 2/3 des Beitrages zur Krankenkasse und waren dafür gegenüber den Kapitalvertretern in den Selbstverwaltungsorganen in der Mehrheit. Heute sind die Selbstverwaltungsgremien hälftig von VertreterInnen der Arbeit“geber“ und –„nehmer“ besetzt, obgleich die spätere paritätische Finanzierung längst kassiert ist durch gesetzlich festgelegte höhere Beitragsleistung der Werkstätigen, immer weiter ausgedehnte Zuzahlungen und das „Einfrieren“ des Arbeit“geber“anteils auf 7,3 %. Ohnehin ist festzuhalten, dass die Arbeit“nehmer“Innen alles erbringen, weil der Arbeit“geber“anteil lediglich einbehaltener Lohn ist. Die Krankenversicherung von 1883 wurde durch neu geschaffene Ortskrankenkassen, Innungs- und Knappschaftskrankenkassen getragen. Die obrigkeitsstaatlich eingeführte und geführte Sozialversicherung erfüllt nun seit über 100 Jahren ihren Zweck: Als solidarisch organisiertes System fördert sie eine Integration in das System, vermittelt Mitbestimmung und soziale Sicherheit.

Aber die Sicherheit und Mitbestimmung sind vage und wackelig. Das liegt zum einen am Zweck des Systems, der alle Zumutungen erlaubt, solange ausreichend Ruhe gewährleistet und die Sozialpartnerschaft nicht gefährdet ist. Die „Reformen“ seit 2000 haben die Krankenkassen vollends zum Agieren als Marktteilnehmer degradiert und zu geschlossenem Handeln verpflichtet. Von Gesetz und Statuten her sind Krankenkassen unterhalb des Vor-

stands im Verwaltungsrat paritätisch besetzt. Phantasielisten und arbeit“geber“Innennahe Listen besetzen bei Wahlbeteiligungen um die 30 % die Posten, Gewerkschaftslisten erreichen in den Ersatzkassen selten mehr als den Grad der Organisierten, 15% unter den etwa 46 Millionen stimmberechtigten Versicherten. Nicht selten sind Posten an langjährige „Verdiente“ vergeben, Kontakt zu ihnen und Einfluss auf sie geht gegen Null. Anders gesagt: die Selbstverwaltung sieht nur von der Ferne demokratisch legitimiert aus, ist es aber nicht. Die hauptberuflichen Vorstände und Geschäftsführungen sind den Ehrenamtlichen, aber ebenso den VertreterInnen aus dem Gewerkschaftsapparat mit mehreren Funktionen voraus. Die marktwirtschaftliche Ausrichtung wird durch die Vorstände auf die Spitze getrieben: Die haben effizient zu wirtschaften und werden dafür mit Jahresgehältern von ca. 200.000 – 300.000 € belohnt. Das bestehende System der gesetzlichen Krankenkassen bietet wenig Ansätze für eine umfassende solidarische Versorgung. Die privaten Krankenkassen (PKV) basieren per se nicht auf dem gesamtgesellschaftlichen Solidargedanken und sind nicht selten Teil finanzkapitalistischer Großkonzerne.

WER IST IM GESUNDHEITSWESEN, RESPEKTIVE ... BRANCHE?

4,82 Mio Beschäftigte und Selbständige zählten 2010 zu den Berufen im Gesundheitswesen, besser: der Gesundheitsindustrie (Statistisches Bundesamt, <http://www.gbe-bund.de/>). Herausgegriffen seien im Folgenden die Pflegenden und die Ärzte. Es zählen aber auch etwa 800.000 medizinische Fachangestellte („Arzthelferinnen“) dazu, fast ausschließlich in ärztlichen Kleinbetrieben angestellt und aufgrund mangelndem organisiertem Auftreten öffentlich selten wahrgenommen. Zu subsumieren sind auch die Beschäftigten im „medizinisch-technischen Kartell“: Pharma- und Medizinartikelhersteller. Rund 350.000 Menschen arbeiten in diesen Bereichen, darunter rund 15.000 Klinkenputzer – VertreterInnen der Pharmaindustrie. Hinzu kommen ApothekerInnen und ihre Angestellten, PhysiotherapeutInnen (meist abhängig beschäftigt, nicht wenige jedoch selbstständig), orthopädisches Handwerk, PädagoInnen... ein weites Feld.

PFLEGENDE

Die größte Gruppe im Bereich der Pflegearbeit sind die etwa 1,3 Mio. lohnabhängigen Kranken- und AltenpflegerInnen. Rund 621.000 von ihnen arbeiten in Kliniken, 269.000 in ambulanten Pflegediensten und 388.000 in der Altenpflege. Etwa 85 % von ihnen sind Frauen. Die „Pflege“ ist mit Abstand die größte Berufsgruppe überhaupt. Die statistischen Berechnungen zur Arbeitsbelastung machen einen fulminanten Leistungsanstieg pro Arbeitskraft deutlich:

Durch die Steigerung der Behandlungsfälle und Belegungstage ist die Produktivität seit 1997 um 21 % gestiegen, obwohl überwiegend manuelle und betreuende Arbeit geleistet wird. Von Produktivität in diesem eigentlich sozialen, humanen Bereich zu sprechen erregt hoffentlich Widerspruch. Doch exakt diese Sprache hat inzwischen Einzug in den medizinisch-pflegerischen Alltag, nicht nur der privaten Kliniken, gefunden. Grundlegender Bestandteil dieser „Optimierungsprozesse“ ist ein ständiger Personalmangel, Leistungs- und Arbeitsverdichtung führen zu einem immer höheren Leidensdruck für die Beschäftigten in diesem Bereich. Das

schafft sich bereits immer wieder einmal in öffentlich wahrnehmbaren Aktionen Ausdruck: demonstrierende, und streikende Pflegekräfte, einst unvorstellbar; verdi-Kampagnen wie „Der Druck muss raus“; „Scheiß-Streik“ von unabhängigen Pflegebeschäftigten in Berlin.

Pflegende sind nicht nur die größte Berufsgruppe, sie arbeiten auch in den größten Betrieben. Zu den größten gehören Betriebe in kirchlicher Trägerschaft. Caritas und Diakonie haben jeweils rund 450.000 Beschäftigte (neben Pflegenden, auch andere Berufsgruppen wie ErzieherInnen, PädagogInnen und TherapeutInnen) und damit mehr als jeder Wirtschaftskonzern. Diese reklamieren für sich den sog. „dritten Weg“, der die dort Beschäftigten von dem allgemeinen Arbeitsrecht ausschließt und so Mitbestimmung und Arbeitskampfmaßnahmen ausschließt. „Der gemeinsame christliche Auftrag an alle kirchlich-diakonischen Beschäftigten, Hilfebedürftige zu unterstützen, darf nicht durch Arbeitskampfmaßnahmen unterbrochen werden.“ Ein mahnendes Beispiel dieser Praktiken ist die Evangelische Kirche Nord mit ihrer Diakonie, die ihre Mitarbeiter über eigens gegründete Zeitarbeitsfirmen neu einstellte und somit viel Geld sparte. Eine examinierte Altenpflegerin mit zwei Jahren Berufserfahrung erhielt so statt 14,28 Euro pro Stunde nur noch 10,16 Euro.

Die Pflegeversicherung führte, wie von der Politik erwartet, zu einer immensen Marktausweitung und Pflegedienste schossen wie Pilze aus dem Boden. Gerade in den privaten Klein- und Kleinstbetrieben sind die Arbeitsbedingungen häufig nochmals schlechter als bei den kirchlichen Trägern. Im Wettbewerb zwischen den Anbietern wird vor allem bei den überwiegend weiblichen Beschäftigten gespart. Versicherungspflichtige Vollzeitstellen wurden faktisch abgeschafft.

In der Pflege gibt es den höchsten Anteil an Teilzeitbeschäftigten. Aufgrund der zunehmenden Flexibilität in den Einrichtungen müssen die Belange und Wünsche der MitarbeiterInnen wie z.B. Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit, sich der Arbeitsorganisation und Arbeitsbelastungen zunehmend unterordnen. Auch die Gehaltssicherheit ist nicht mehr vorhanden. Oft gehen Heime dazu über, die MitarbeiterInnen auf 20 Std. Wochenarbeitszeit einzustellen, um die notwendig anfallenden Überstunden auszubehalten. Das führt zu extremer Unsicherheit, weil unklar ist, wie viele Überstunden tatsächlich anfallen, zudem besteht eine deutliche Benachteiligung bei den Einzahlungen in die Sozialkassen. So wird das betriebswirtschaftliche Risiko auf die MitarbeiterInnen abgewälzt, denn die Heimträger geben eventuelle Kostenausfälle ungebremst an die Beschäftigten weiter. Diese aktuelle Entwicklung führt nachgewiesenermaßen kurz- oder mittelfristig zu somatischen Beschwerden, zu allgemeinen Störungen der Befindlichkeit wie Müdigkeit, Schlafstörungen, Gereiztheit sowie zu Motivationsmangel und Arbeitsunzufriedenheit. Dadurch sind langfristige gesundheitliche Folgen wie etwa chronische Erkrankungen, Depression und emotionale Erschöpfung zu erwarten.

Gerade Pflege gilt immer noch als „Frauenberuf“ und ist niedrig entlohnt. Frauen werden als „Helferinnen“ ohne qualifizierte Ausbildung insbesondere in Heimen und Pflegediensten eingesetzt und sind so von hoher Flexibilität, unattraktiven Arbeitszeiten und hohen physischen und psychischen Belastungen besonders betroffen. Zugleich werden leitende Pflegefunktionen überproportional von Männern besetzt.

Nicht zu vergessen ist auch die besondere Situation von (illegalisierten) MigrantInnen. Weltweit holen die stärksten Ökonomien Pflegearbeitskräfte aus sog. Entwicklungsländern. Diese übernehmen dann die besonders zeitintensive Arbeit zu besonders miesen Bedingungen, sind schlecht bis gar nicht organisiert und ihren Ar-

beitgeberInnen nahezu schutzlos ausgeliefert. „24 Std. Betreuung daheim. Mit einer geeigneten Betreuungskraft/Pflegerin, die mit der pflegebedürftigen Person Tag und Nacht unter einem Dach lebt, lässt sich der Alltag sehr gut meistern. [...] All unsere Haushaltshilfen und Betreuerinnen werden durch die Dienstleistungsunternehmen in Polen sozialversichert (renten-, kranken- und unfallversichert) sowie haftplichtversichert.“ (Internetwerbeauftritt von einem der x-beliebigen Anbieter).

Gleichzeitig wächst die Zahl der Gepflegten dramatisch. 1,4 Mio. Menschen werden derzeit zu Hause von Angehörigen und FreundInnen gepflegt. In Heimen sind es noch einmal 700.000. Die Dunkelziffer liegt weit höher, denn im Unterschied zu anderen europäischen Ländern werden derzeit nur diejenigen zu Hause Gepflegten statistisch erfasst, die Leistungen der Pflegeversicherung erhalten.

Die Lage der Pflegebedürftigen oder Behinderten würde ein ganz eigenständiger Text sein.

Festzuhalten ist aber, dass die Möglichkeiten der Integration pflegebedürftiger alter und behinderter Menschen in das soziale Umfeld und ihre gesellschaftliche Teilhabe sehr begrenzt sind. Gerade Pflegebedürftigkeit oder Behinderung ist oft damit verbunden auch finanziell am Rand zu stehen. Zugleich hat sich etabliert, dass Pflegebedürftige eine Stellung als KundInnen einnehmen, was für die Betroffenen oft nur mit Sarkasmus zu ertragen ist.

ÄRZTE

Die Bundesärztekammer zählt 315.000 praktizierende ÄrztInnen, davon 42 % Frauen; 137.000 als niedergelassene Ärzte, 177.000 im stationären Bereich in Kliniken sowie Institutionen. Sie zählen im öffentlichen Bewusstsein als „gutbezahlt“. Tatsächlich gibt es größere Unterschiede zwischen den einzelnen ArztpraxisbesitzerInnen. In den Kliniken bedeutet der Arbeitsalltag für ÄrztInnen meist Arbeiten ohne Ende. Überlange Arbeitszeiten durch Anschluss von Bereitschaftsdiensten an reguläre Dienste sind oft die Regel. Hinzuzufügen ist jedoch, dass ein nicht unbedeutender Teil der „jungen, dynamischen“ MedizinabsolventInnen genau dies will und keineswegs auf der Umsetzung von durchaus bestehenden Arbeitszeitrichtlinien beharrt, denn solche Mammutdienste bringen monatlich nochmals über 1.000 € mehr ein – für's Freizeitleben oder als Rücklage für Haus und spätere eigene Praxis. Damit wäre bereits das Problem angesprochen, dass nicht alle Beschäftigten im Gesundheitswesen, hier noch nicht einmal die angestellten (Klinikkärzte), ein eigenes Interesse haben, gegen Ausnutzung, Ausbeutung und unannehmbare Zustände aufzustehen. Bei den Klinikärzten ist deren Interessenorganisation Marburger Bund seit dem Bruch mit verdi zu einer fatalen entsolidarisierenden Konkurrenzorganisation geworden, so dass im Alltag der arbeitsrechtlichen Interessen nun ein Graben zu anderen Bereichen wie der Pflege entstanden ist. Der müsste jedoch nicht unüberbrückbar sein. Angestellte Klinik-ÄrztInnen sind nicht nur in den ersten Berufsjahren in hohem Maß durch befristete Verträge (z.B. bis zur Facharztterlangung) geknebelt und vom Chefarzt abhängig, so dass es scheint, die Zeiten der Leibeigenschaft reichen bis ins 21. Jahrhundert. Bei den ChefärztInnen ist festzuhalten, dass ihre „Götterwelt“ seit mindestens 20 Jahren Glanz und ein paar Grundlagen verloren hat. Konnten sie bis in die 1990er Jahre Geld scheffeln ohne Ende im glückseligen Zwitter-Status als Beamte (in Kliniken des öffentlichen Dienstes) und als freischaffender UnternehmerInnen mit (praktisch) kostenloser Infrastrukturnutzung der öffentlichen Hand. Wer's da bis zum Schluss nicht zum Millionär gebracht hatte, musste wohl etwas untüchtig gewesen sein. Heute ist ihr Status „nur“ noch leitende

Angestellte oder ManagerIn, allerdings auch noch erstrebenswert gut bezahlt.

Der ambulante Sektor – niedergelassene Ärzte – ist in Deutschland als Sonderform stark vom stationären Sektor – Krankenhäuser – getrennt. Die standespolitische Vertretung, die Kassenärztliche Vereinigung, hatte mit dem Kassenarztrecht von 1955 durchgesetzt, dass die ambulante ärztliche Behandlung „in vollem Umfang den niedergelassenen Ärzten übertragen, Krankenhausambulanzen und Eigeneinrichtungen der Krankenkassen als Konkurrenz ausgeschaltet“ wurden, wie es z.B. insbesondere während der Weimarer Republik war. Dieses Monopol, das mit den „Gesundheitsreformen“ der vergangenen Jahre nur leicht, aber nicht prinzipiell „korrigiert“ wurde, bedeutete seitdem einen überdurchschnittlichen Einkommenszuwachs der niedergelassenen ÄrztInnen. Niedergelassene ÄrztInnen sind selbstständige (Klein-)UnternehmerInnen, die das UnternehmerInnenbewusstsein über ihre Verbände sehr deutlich gerieren, sofern sie nicht solidarisches politisches Bewusstsein haben. Parolen wie „Stärkung der ärztlichen Freiberuflichkeit“, „Erhalt der PKV (Private Krankenversicherung)“, „mehr Eigenverantwortung“, also weitere Privatisierung, mehr zusätzliche Eigenbezahlung der Kranken, „Kostenerstattung“ nach privat bezahltem Arztbesuch machen einen bedeutenden Teil dieser Gruppe zur Basis der marktradikalen Politik à la FDP aus. Man muss es sagen: Mit vielen dieser GesundheitsunternehmerInnen ist zwar ein Staat zu machen, wie wir ihn haben, aber kein solidarisches Gesundheitswesen. Vergesellschaftende solidarische Ansätze werden gegen die jetzigen Interessenvertretungen der niedergelassenen ÄrztInnen durchzusetzen sein.

PHARMA- UND GERÄTEINDUSTRIE

In technisierten Gesundheitssystemen wie in Deutschland spielt die Industrie eine außerordentliche Rolle. Anders als in ihren Hochglanzwerbung propagiert, spielt die Pharmaindustrie aber eine sehr unruhliche Rolle. Es geht weniger um Menschenleben, als um die Bilanzen. Geforscht wird, was Geld einbringt, nicht immer was nötig ist. Für Menschen in Entwicklungsländern und deren spezifischen Krankheiten gibt es wesentlich weniger Medikamente als hierzulande. Und vor allem, sie sind zu teuer, als dass sie flächendeckend zur Verfügung stünden. Beispiel AIDS-Medikamente, die in Afrika nur für einen Bruchteil der Menschen verfügbar sind. Anstatt die jetzt dort vorhandenen billigen Generika aus Indien schnellstens gegen neuere Medikamententypen auszutauschen bleiben die patentierten Medikamente mehr als 15 mal so teuer, wie die alten.

Die Begründung hoher Preise mit hohen Forschungs- und Entwicklungskosten ist eine Lüge. Patentgeschützte, innovative Medikamente mit real neuer Wirkung, am besten gegen bislang schwer heilbare Erkrankungen, erzielen außerordentlichen Profit. Tatsächlich sind jedoch über 80 % der neu zu gelassenen Medikamente auf dem Markt lediglich Nachahmer. Dies bringt weniger Extraprofit, aber dafür mit mäßigem Aufwand noch deutlich genug. Nach ihren eigenen Angaben investieren Pharmaunternehmen von ihrem Umsatz 15% in Forschung, 32% aber in Marketing (Süddeutsche Zeitung, 28.10.2005). Tausende PharmaberaterInnen wuseln für die Industrie durch die Praxislandschaft. Eine solche Dichte bringt keine andere Branche hervor. Die Beeinflussung von ÄrztInnen durch teure Geschenke (bisweilen getarnt als Honorierung für Teilnahme an „Studie“) und Luxusreisen (oft oberflächlich getarnt als Konferenz oder Kongress) ist durch die „Freiwillige Selbstkontrol-

le für die Arzneimittelindustrie e.V.“ seit 2004 kaum eingedämmt worden. Die Pharmaindustrie verweigert standhaft rational nachvollziehbare Qualitätsstandards. „Freiheit der Therapie“ lautet das Credo. Dank ihres politischen Einflusses im Bunde mit der Chemischen Industrie kann die Pharmaindustrie in Deutschland, ähnlich wie in den USA, weitgehend alleine die Preise festsetzen. Und sie bestimmt nahezu allein, wozu geforscht wird. Bislang schaffte es die Pharmaindustrie trotz mannigfaltiger öffentlicher Kritik und zaghafter politischer Versuche stets, weitgehende Kontrollmechanismen und Regulierungen abzuwehren. Dabei bedürfte der Arzneimittelmarkt in ganz besonderer Form der Regulierung, denn die sonst postulierten Marktgesetze gelten hier nur eingeschränkt: Was verordnet wird entscheiden nicht die KundInnen (neuer Begriff in der Gesundheitsökonomie für die früheren behandlungsbedürftigen PatientInnen), sondern die ÄrztInnen, die für KassenpatientInnen jedoch nur ein beschränktes Verordnungsbudget haben. Angebot und Nachfrage wirken (glücklicherweise) nicht. 2003 nahm die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ihren bereits verwässerten Plan, die seinerzeit 40.000 verschreibungsfähigen Medikamente auf die Hälfte zu reduzieren, zurück, nachdem deutsche Pharma-Konzerne interveniert hatten. Das medizinisch-technische Kartell hält sich inzwischen auch seine eigenen Privatkliniken. Dem internationalen Fresenius-Konzern mit Schwerpunkt Dialyseversorgung und Wachstumsraten von derzeit 18 % gehört seit 2005 die Privatlinikgruppe Helios GmbH. Die Ökonomisierung des Gesundheitssektors fördert die strategischen Verflechtungen (Deppe 2005).

Noch nicht ganz so konzentriert wie im Pharmabereich, aber in hohem Maße kapitalisiert ist auch die Medizintechnik. Die der BRD ist nach den USA weltmarktführend. Ebenso wie die Pharmaindustrie schafft sie hohe jährliche Wachstumsraten und steigert ihren Anteil innerhalb der Gesamt-Gesundheitskosten stetig. „Ein Markt mit Zukunft“. Zupass kam ihr 2007 ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil, das die bisherige flächendeckend reglementierende Großgeräteverordnung (z.B. CT, Kernspin, Nierenstein-Zertrümmerer) aufhob. D.h., es wurde dem freien Markt und seiner Akteure anheimgestellt, was sie wollen und was geht, anstelle „staatlich regulierter“ Daseinsvorsorge.

GESUNDHEIT ALS MARKT

„Die Gesundheitswirtschaft in Deutschland ist mit einer Bruttowertschöpfung von über 200 Mrd. Euro p.a., mehr als 5 Mio. Erwerbstätige und Wachstumsprognosen für die Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftssektors von gut 2% p.a. bis 2030 ein Wachstumsmotor. [...] Neben der wachsenden Nachfrage nach einer besseren und umfangreicheren medizinischen Versorgung im engeren Sinne wird sich ein großer Teil des künftigen Wachstums in dem sogenannten zweiten Gesundheitsmarkt abspielen. In üblicher Abgrenzung vom ersten Gesundheitsmarkt umfasst der zweite Gesundheitsmarkt alle Leistungen, die nicht über die Vollversicherung der gesetzlichen Krankenkassen und der privaten Krankenversicherungen – im Rahmen der gesetzlichen Versicherungspflicht – finanziert werden.“ (IHK, München 2010) „Bedingt durch den demografischen Wandel und die angespannte wirtschaftliche Lage öffnet sich die Schere zwischen Beitragszahlungen und der Finanzierbarkeit des Leistungsgeschehens [im Gesundheitswesen] immer weiter. Eine Debatte um Priorisierung ist notwendig und richtig und muss sachlich fortgeführt werden.“ (Positionspapier der „Allianz deutscher Ärzteverbände“ 2010, u.a. mit Hartmannbund)

Die FDP will die gesetzliche Krankenversicherung abschaffen.



by attenzione photographers

Stattdessen sollen die privaten Versicherungen in die Pflicht genommen werden, jeden aufzunehmen. Auf diese Weise könne die Finanzierung der Krankenversicherung stärker auf eine Basis von angespartem Kapital umgestellt werden. Das sagte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Daniel Bahr 2009, 2011 Bundesgesundheitsminister.

Patienten als „workflow“, der Klinikbetrieb als Produktionsprozess, „Lean Production“ und „Lean Management“ folgen auf dem Fuß. Firma Porsche bringt seine Produktions-Erkenntnisse mit eigener Medizin-Consulting im Klinikbereich ein. Das Freiburger Universitätsklinikum wurde so 2005 nach Maßstäben des Toyotismus „verschlankt“. Ihren Erfolg verkaufen sie so: „Auch in Freiburg durchforsteten die Porsche-Experten den gesamten Klinikprozess, fanden Schwachstellen und halfen dabei, sie zu beseitigen: Untersuchungen wurden besser koordiniert, alle Abläufe besser getaktet, und die Position eines Patientenmanagers als zentrale Steuerungsstelle zur Koordinierung der Aufnahme- und Entlassungstermine sowie der Betten- und Operationssaal-Belegung eingeführt. Mit großem Erfolg: Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten sank von 11,2 auf 9,6 Tage, die Produktivität stieg um 30 Prozent.“ (Porsche Consulting, Caracho Heft 10 (01/2011)). Bei den Kliniken gibt es seit den 1990er Jahren in hohem Maße Outsourcing (insbesondere Hauswirtschaft, Küche, Reinigung – Leidtragende sind überwiegend Frauen) und Privatisierungen.

Es geht derzeit um 250 Mrd. €, die für Gesundheit jährlich ausgegeben werden, davon rund 170 Mrd. € über die gesetzliche Krankenversicherung und das was darüber hinaus noch als Nachfrage erzeugt werden kann. Es geht jedoch nicht darum, entsprechend dem fälschlichen Gerede von explodierenden Gesundheitskosten, diese Summe zu minimieren. Mehr Ausgaben, mehr Wachstum sind das Ziel – die Gesundheit selbst ist zweitrangig.

Höhere Ausgaben aber sollen privat getätigt werden, als Igel (Individuelle Gesundheitsleistung) in der Arztpraxis, als Zusatzleistung in Krankenhäusern, beim Shopping in Apotheken und sonstigen Gesundheitsstores, vor allem aber bei Finanzdienstleistern für Kapital-Versicherungen. Und es geht ganz klar um die Wurst: das Geld der gesetzlichen Krankenversicherungen. Fließt diese fette Beute ohne viele Regulationen fast gänzlich auf den freien Markt, bräche die Goldgräberstimmung bei allen privaten Akteuren des Gesundheitswesens aus. Die Probleme sind den marktradikalen Akteuren nicht unbekannt, einschließlich der destabilisierenden sozialen Faktoren mit Sprengkraft für das System. So gestehen sie eine Grundversorgung weiterhin als gesellschaftliche Aufgabe ein, sagen jedoch nicht, wie niedrig sie diese anzusetzen gedenken. Die grundlegende Notfallmedizin verspricht sowieso keine Renditen. „Das Gesundheitswesen ist ein Wachstumsmarkt der Zukunft!“ haben die Expropriateure ausgemacht.

Die Privatisierung von Krankenhäusern schreitet voran, inzwischen sind es über 30 %, während der Anteil öffentlicher Krankenhäuser von etwa 50 % auf 32 % (2008) zurückgegangen. Der Marktanteil privater Kliniken ist, gemessen an Betten, in Deutschland inzwischen größer als in den USA. Rhön-Klinikum AG, Helios-Kliniken-Gruppe und Asklepios Kliniken GmbH sind die drei größten Krankenhauskonzerne in Europa.

Das 1972 eingeführte duale Finanzierungssystem, in dem die Krankenkassen für die Kosten des laufenden Betriebes aufkommen und die Bundesländer die Investitionskosten tragen, ist inzwischen durchlöchert. Es war seinerzeit ein Fortschritt, aber damit verbunden, dass die in der Nachkriegszeit unterfinanzierten und mangels Investitionen von der Substanz zehrenden kommunalen Kliniken ihre Selbständigkeit an die Länderregierungen zum Teil aufgeben mussten. In verschiedenen „Reformen“ wurde seit den 1990er

Jahren die Budgetdeckelung bei den laufenden Krankenhausaussagen aufgehoben und die Kostenerstattung vom Pfl egetagesatz auf ein Fallpauschalensystem (DRGs) umgestellt. Damit wurde der politisch gewollte Kostenwettbewerb eingeführt, womit Kliniken erstmals Gewinne oder Verluste machen können (Simon 2000). Dies wurde zum gefundenen Fressen für privatwirtschaftliche Investoren. Klamme öffentliche Träger - Kommunen, Länder - die seit Jahrzehnten für einen Investitionsstau verantwortlich waren, verkauften billig ihre Häuser an private Klinikbetreiber. In diesem Prozess sind auch die weisungsabhängigen Krankenhausleitungen von formal öffentlichen Krankenhäusern (Städtische Krankenhäuser, Unikliniken) durch privatrechtlich organisiert abgelöst worden. Nun bestehen häufig (g)GmbH, mit einem eigenständigen Management, das „unabhängig“ vom politischen Einfluss gewählter Gremien (Gemeinderat, Kreistag, Landesparlament) ist. Sie befinden sich nach wie vor in öffentlicher Hand, könnten in dieser Form aber leicht mit Investoren verbunden werden. Vor allem aber eines ist geschehen: sie steuern sich vollständig nach marktwirtschaftlichen Methoden ohne die bisherigen minimalen politischen Einflussmöglichkeiten auf deren Träger.

Verbunden war und ist das Ganze mit Outsourcing. Insbesondere die Service-Bereiche (Reinigung, Hauswirtschaft, Küche, Werkstätten) erleben teils sogar internes Outsourcing, bei dem eigenständige Tochtergesellschaften geschaffen werden, die zu billigeren Tarifbedingungen oder gar gänzlich ohne arbeiten lassen. Privatisierung bedeutet vor allem Gewinnstreben auf dem Rücken des Personals. Es gibt aber auch durch die Lohnspreizung Gewinner. Abgesehen von den Kapitaleignern und dem Management, zum Teil auch Ärzte, die höhere Bezüge - „Leistungsträger“ - erhalten. Das Pflegepersonal dagegen wird unterdurchschnittlich bezahlt. Überhaupt ist der Personalschlüssel niedriger als in öffentlichen Häusern.

Die andere Einsparmöglichkeit besteht bei den PatientInnen, ist aber durch den geschaffenen Konkurrenzdruck zwischen den Krankenhäusern praktisch eingeschränkt und findet dadurch etwas versteckt statt: schnellere Entlassung als angesagt, knappe Diagnostik und Konsile, Verlagerung von Untersuchungen nach ambulant (freut dann die niedergelassenen Ärzte) usw.

Veränderungen der sozialpolitischen Rahmenbedingungen und der steigende Effizienzdruck zwingen alle sozialen Einrichtungen zunehmend, ein neues unternehmerisches Selbstverständnis zu entwickeln. Aktuelle Gesetzesreformen und die Entwicklungen des europäischen Binnenmarktes stellen zusätzliche Herausforderungen dar. Damit werden den sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden vermehrt die zuvor „geschützten“ Bereiche streitig gemacht und sie müssen sich den zunehmenden Wettbewerbssituationen stellen.

Der gegenüber dem „alten“ Gesundheitssystem gerne erhobene Vorwurf von „Verschwendung“ wird im privaten Gesundheitsmarkt grotesk. Da geht es um so viel Leistungserbringung wie möglich, Doppel-, Dreifach, Vierfachuntersuchungen, kein Problem, wenn's bezahlt wird. Hier greift Verschwendung richtig um sich, da bedeutet diese nämlich Wachstum und verbessert die Bilanzen. Gesunde Leute? Oh bewahre, da wär' ja weniger Profit zu machen.

ANSÄTZE FÜR SOLIDARISCHES HANDELN FÜR GESUNDE UND KRANKE – WAS WÄRE VERGESELLSCHAFTET

In der klassischen Arbeiterbewegung¹ war angesichts der deutlich sichtbaren Auswirkungen der Klassengesellschaft und deren häufigen Arbeitsunfällen das Thema Gesundheit zwangsläufig präsent, überwiegend als Forderung nach Gesundheitsversorgung überhaupt, aber auch aufgrund unmenschlicher Lebens- und Arbeitsbedingungen für Prävention. In der BRD war der Zugang zu Gesundheitsversorgung bis auf an den Rand gedrängte Gruppen scheinbar gegeben, so wurde Gesundheit bei Nachkriegslinken lange wenig thematisiert, mit Ausnahmen hinsichtlich der „Randgruppen“ (Psychiatrisierte bspw.). Da ragen sogar SPD-Initiativen wie die „revolutionäre“ Neukonzeption eines „klassenlosen Krankenhauses“ 1969 heraus (See 1973): Ein neues Kreiskrankenhaus ohne die damals noch üblichen 3 Klassen. Insgesamt drehten sich Diskussionen bis Mitte der 1970er Jahre um Fragen wie Krankenhaushierarchie, Zweiklassenmedizin, Sicherstellungsmonopol der niedergelassenen ÄrztInnen. Die 1970er Jahre brachten mit der „Alternativ-Bewegung“ eine Gesundheitsbewegung hervor, die sich auch positiv auf die grundlegende Deklaration der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von Alma-Ata 1978 bezog, in der Gesundheit als grundlegendes Menschenrecht erklärt und positiv als „Zustand vollständigen körperlichen, mentalen und sozialen Wohlbefindens, und nicht bloß Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechlichkeit“ definiert wurde. Die damit verbundenen weitreichenden, auch sozialen Implikationen wollten die meisten Entsendestaaten aber nicht anerkennen, weshalb diese Definition zwar in der Welt war, sie aber schnell als uneinlösbare, eher nicht gewünschte, Uto-



1) Die Frauen der A-Bewegung sind eingeschlossen und nicht vergessen: ...Auguste Eichhorn, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Adelheid Popp ... und die vielen Namenlosen. Die A-Bewegung war männlich zentriert, ihr Defizit sei nicht nachträglich mit Innen gekleistert.

pie praktisch ad acta gelegt wurde. International aber schlug sie Wellen. Als eine der 70er-Bewegungen (Frauen, Anti-AKW, Öko, Frieden...) veranstaltete die Gesundheitsbewegung in Deutschland die beachteten Gesundheitstage zwischen 1980 und 1987 (Verlagsgesellschaft Gesundheit: Dokumentation des ersten Gesundheitstages, 1980, 1981), „Gesundheitsläden“ und „-initiativen“ sprossen hervor, ebenso wie zahlreiche Selbsthilfegruppen als Ausdruck der Forderung nach mehr Beachtung und autonomer Selbstbestimmung von Kranken. Die Zahl der Selbsthilfegruppen nimmt seitdem immer weiter zu, nicht immer im Bewusstsein auf ihren Ursprung. Trotz zahlreicher Ansätze, tiefer in das System der sozialen und gesundheitlichen Versorgung einzusteigen, lief es aber auch nicht selten auf einen konstruierten Gegensatz von mechanistischer „Schulmedizin“ oder auch „Apparatemedizin“ versus „ganzheitlicher Naturmedizin“ mit nicht wenigen esoterischen Ausflüchten hinaus. Die naturwissenschaftlich-orientierte Medizin wurde in Frage gestellt und eine Rückbesinnung auf das „Natürliche“ gefordert und gesucht. Gewerkschaften kümmerten sich allein um Arbeitsbedingungen und darum, dass genug Geld im vorhandenen System sei. Die alternative Gesundheitsbewegung aber hat sich wie die gesamte Alternativbewegung gewandelt, oft professionell eingepasst in einen Gesundheitsmarkt oder im Management gesundheitlicher Leistungen.

1986 wurde der kleine „Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte“ im Zusammenhang mit der o.g. Entwicklung gegründet. Dieser ist nicht vergleichbar mit den sonstigen ärztlichen Standesorganisationen und liefert immer wieder inhaltliche Beiträge zu einem sozialen Gesundheitswesen. Teils auch im Bunde mit anderen linken Zusammenhängen – diskutiert im links-netz. Daraus entstehen aktuell die brauchbarsten Ansätze zu einer Neuorientierung über soziale und (ver)gesellschaftlich(t)e Gesundheitspolitik (AG „links-netz“ 2010). „Dr. Mabuse“, eine 1976 aus der Sponti-Szene hervorgegangene Zeitschrift, beschäftigt sich auch mit Gesundheitspolitik und will verändern. Entsprechend dem Wandel

der alternativen Szene aber nur noch punktuell und nicht mehr das ganze System. Aus der akademischen Forschung liefert das „Jahrbuch für Kritische Medizin und Gesundheitswissenschaften“ seit 1976 fundierte „Beurteilung und Kritik von Gesundheitspolitik und Praxis im Gesundheitswesen“.² Ein Gegenentwurf zum herrschenden System ist dabei nicht angestrebt. Gleichwohl zeigt die kritische Auseinandersetzung mögliche Wege auf.

Einen solchen Gegenentwurf halten wir aber für dringend notwendig. Daher haben wir uns die Frage gestellt, wie der Gesundheitsbereich anders aussehen könnte. In der Hand Aller und zu deren Nutzen, sprich: vergesellschaftet.

Gesundheit ist keine Ware! Dieser Slogan von attac bringt es auf den Punkt (<http://www.attac-netzwerk.de/ag-soziale-sicherungs-systeme/themen/gesundheit/>). Gesundheit ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Sicher zu stellen ist, dass Alle die notwendigen Leistungen erhalten, die sie brauchen. Privatwirtschaftlich organisiert geht das nicht, ist es auch nicht gewollt. Öffentliche Gesundheitsleistungen, die ebenfalls unter Wettbewerbsbedingungen stehen, können diese gesellschaftliche Daseinsvorsorge auch nicht erbringen. Das Gesundheitssystem zu vergesellschaften heißt, Alle in die Solidarität einzubeziehen, mit gleichen Leistungen, unabhängig vom Einkommen, Geschlecht, Alter und Herkunft. Zugleich ist es durchaus möglich, die Kosten geringer zu halten, denn es müssen auch nirgendwo mehr Gewinne entstehen.

Eine derartige Umgestaltung des Gesundheitswesens ist äußerst komplex, kann aber im Wesentlichen auf fünf Bereiche herunter gebrochen werden: Pharmaindustrie, Finanzierung, ärztliche Praxis, Prävention, und konkrete Organisation der Krankenkassen bzw. der gesellschaftlichen Entscheidungsstruktur.

Ein zentrales Problem des derzeitigen Systems sind die Pharmakonzerne. Sie erforschen und produzieren nur, was eine möglichst hohe Rendite verspricht. Wenn es lohnenswerter erscheint, ein bereits existierendes Medikament gegen Bluthochdruck minimal zu verändern und „neu“ auf den Markt zu bringen, als Medikamente gegen Malaria oder die Folgen von AIDS zu verbreiten, haben die Menschen, die von letzterem betroffen sind eben Pech gehabt. Abgesichert werden die Gewinne zugleich durch ein perfides System der Patentierung. Klar ist aber: Medizinischer Fortschritt entsteht nicht mittels pharma-technischer Patente, sondern mittels öffentlicher Forschung, deren Ergebnisse allen zugänglich sind. Daher sind die unglaublichen privatisierten Ressourcen (Geld, Forschungssysteme, Know-how, Produktionsstätten) der Pharmaindustrie in öffentliches Eigentum zu überführen. Die Forschung an und die Produktion von Medikamenten dürfen nur der Allgemeinheit zu Gute kommen. Zugleich ist erstrebenswert, dass eine solche Entwicklung dazu führt, dass ethische Fragen in einem gesamtgesellschaftlichen Diskussionsprozess beantwortet werden. Die Entscheidung, was wie erforscht und produziert wird geht alle Menschen etwas an und darf nicht von interessengeleiteten Lobbyverbänden getroffen werden.

Auch die Finanzierung der Gesundheitsversorgung muss solidarischer gestaltet werden. Die Gesundheitsversorgung ist der Form nach kostenlos für Alle zu organisieren. Das System der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland stellt gewisse Beschränkungen gegen den reinen Markt dar, ist aber nicht umstandslos zu verteidigen. Zuallererst ist natürlich das herrschende Zweiklassensystem aufzuheben. Die Privilegierung einkommensstarker Menschen durch private Krankenversicherungen macht die

2) Ein Vorläufer erschien 1970 bis 1971 unter dem Titel „Kritik der bürgerlichen Medizin“. Die Publikation erscheint seit 1976 im Argument Verlag und trug zunächst den Titel „Jahrbuch für kritische Medizin“. Seit 2009 lautet der Titel „Jahrbuch für kritische Medizin und Gesundheitswissenschaften“.



Gesundheitsversorgung abhängig vom Geldbeutel. Daher bedarf es einer einheitlichen Krankenkasse mit gleichen Leistungen für alle. Nicht der Wettbewerb unter Krankenkassen wie es die gegenwärtige Bundesregierung propagiert, schafft „soziale Gerechtigkeit“, sondern die Organisierung der bestmöglichen Versorgung durch Einbeziehung Aller ist die Voraussetzung zur Solidarität. Kritisches Hinterfragen ist beim neu eingebrachten Modell „Bürgerversicherung“ angebracht. Eine Einheitsversicherung hat Alle einzuschließen, Lohnabhängige aller Einkommen und KapitaleignerInnen. Unerlässlich ist die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Die Sozialdemokratie und Grüne klammern diese in ihrer Form der „Bürgerversicherung“ aus und schaffen somit nicht ein Modell einer Gesundheitsversorgung für Alle. Die gegenwärtige Begrenzung der Solidarität, der sich die „Starken“ bislang entziehen dürfen für ihre privilegierten Zugänge zur Gesundheitsversorgung, ist zu brechen und nicht zu zementieren. Ein wichtiger Schritt zu einer solidarischen Finanzierung ist es, die Beitragsbemessungsgrenze zu kippen. Der aktuelle Beitrag von 15,5% könnte ohne diese Entsolidarisierung auf deutlich unter 8% gesenkt werden.³ Dadurch entfallen die Privatkrankenkassen. Lange Zeit wurden sie von Marktbefürwortern als besseres Modell gegen die gesetzlichen Krankenkassen gestellt. Inzwischen überlegen selbst diese neue Modelle mit Abschaffung der bisherigen Form der Privatkassen. Allerdings nicht mit dem Ziel einer solidarischen einheitlichen Versicherung, sondern einer unzureichenden Grundversorgung für nahezu Alle und darauf aufbauend private Zusatzversicherungsmodule. Ein neues Verdienstfeld für das Finanzkapital, dessen privaten Krankenkassenabteilungen sich in einer strukturellen Krise befinden.

Auch die „paritätische“ Finanzierung sollte wieder ganz hergestellt werden. Derzeit zieht sich das

Kapital durch einen immer geringeren Anteil der Lohnkosten an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anteilmäßig immer mehr zurück. Wir erinnern: Es zahlt eigentlich gar nix, da der paritätische Arbeit„geber“beitrag nicht ausgezahlter Lohn ist. Daher muss es über andere Mechanismen herangezogen werden, bspw. mit einer Abgabe auf die Wertschöpfung, den Gewinn oder den Umsatz der Unternehmen.

Zugleich ist es notwendig global zu denken und nicht durch eine Kopplung an die wirtschaftliche Produktivität eines Landes diejenigen Länder im Regen stehen zu lassen, deren Wirtschaften weniger industrialisiert und produktiv sind.

Auch die Arbeit, Organisation und Ausstattung von und mit den Dienstleistenden im Gesundheitsbereich weist derzeit einige Probleme auf. ÄrztInnen sind heute UnternehmerInnen, deren Gewinn entscheidend davon abhängt, welche Maßnahmen sie anordnen, wo sie praktizieren und wen sie behandeln. Die Versorgung der Bevölkerung in verschiedenen Gegenden darf aber nicht davon abhängen, wie einkommensstark sie ist, wie alt, wie ländlich, wie versichert oder wie deutsch.

Um eine flächendeckend gleiche Versorgung zu gewährleisten, könnte ein Rückgriff auf das Konzept der Polikliniken sinnvoll sein. Vor dem Monopol der niedergelassenen Ärzte gab es vor 1933 auch Polikliniken in Deutschland, unterhalten von Kommunen oder Krankenkassen. Einrichtung und Begriff wurden in Abgrenzung zu sozialistischen Ländern, wo sie üblich waren, diffamiert. Tatsächlich gibt es nun aber selbst hierzulande Ansätze solche Einrichtungen als „Ärztelhäuser“ oder „Medizinische Versorgungszentren“ (MVZ), wie seit der vorvorletzten Gesundheitsreform von

2004 möglich (2010 rund 1.500 Zentren mit ca. 6.200 ÄrztInnen), einzurichten, selbstverständlich auf unternehmerischer Grundlage. Anstelle von bisherigen privaten Einzelpraxen wären ambulante gesellschaftlich geführte Behandlungszentren, „Gesundheitszentren“ – alias Polikliniken – ein bedeutender Fortschritt. Preisgünstiger wären sie zumal. Einrichtungen mit Ärzten verschiedener Fachrichtungen und gegenseitiger Konsilianz ermöglichen, hochprofessionell wie in einer Klinik und anstelle eines Einzelarztbesuches mit umständlichen und teuren Überweisungen, schwierigere Diagnosen und Behandlungen. Darüber könnten weitere Fachleute wie PsychologInnen, SozialarbeiterInnen und Reha-Bereich mit Physiotherapeuten, ErgotherapeutInnen oder LogopädInnen angegliedert sein. In gesellschaftlicher Trägerschaft würde die privatwirtschaftliche Gewinnorientierung aufgehoben. Es bestünde ein größerer Einfluss auf die Arbeitsbedingungen. Ohne Profitstreben und Kostendruck ließen sich hier erhebliche Verbesserungen rausholen. So könnten das Streben nach einer möglichst gewinnbringenden Verordnungspraxis oder (selbst)ausbeuterische Arbeitsbedingungen beendet werden. Lokale Entscheidungen über die Ausgestaltung der Zentren könnten zudem den individuellen Bedarf an bestimmten Fachrichtungen in einer Region berücksichtigen.

Für ein solidarisches Gesundheitssystem bedarf es also einer grundlegend neuen Strukturierung der Forschung, der Finanzierung und auch der ärztlichen Praxis. Gesundheit für Alle heißt aber nicht nur, dass sie ihren Warencharakter verliert. Es braucht auch neue Formen der Organisierung, so dass die Grundlagen geschaffen werden für gesamtgesellschaftliche Diskussions- und Entscheidungsprozesse.

Bleibt die Frage, wie solche Strukturen ausgestaltet werden können, ohne die semikapitalistische Ausrichtung und Organisierung des „Sozialstaates“. Durchschaubare, steuerbare, bedürfnisgerechte und effiziente Strukturen lassen sich wohl nur auf Kommunal- und Regionalebene herstellen. Grundsätzlich sollte das Ziel darin bestehen, Strukturen zu schaffen, die allen die Möglichkeit zur Teilhabe geben: ÄrztInnen, Pflegepersonal, Gepflegten, (potentiellen) PatientInnen.

Nur so kann das Thema, das alle zwangsläufig betrifft, repolitisiert und in das Bewusstsein auch derjenigen getragen werden, die sich ihrer Rolle als zukünftige PatientInnen gar nicht bewusst sind oder sein wollen.

Die Vergesellschaftung des Gesundheitsbereichs erfordert also die Schaffung echter demokratischer Strukturen bspw. in Form eines regionalen Gesundheitsrates oder wie auch immer man ihn nennen möge. Die Aufgaben einer solchen Struktur oder einzelner ihrer Teile können darin bestehen, Forschung und Produktion von Medikamenten an gesellschaftlichen Notwendigkeiten auszurichten, Gelder fair zu verwalten und zu verteilen und die ärztliche Praxis an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort auszurichten. Auch die Forcierung einer gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung bspw. darüber, wer welche Arbeit leistet und unter welchen Bedingungen könnte von einem solchen Rat geleistet werden.

Die Arbeit solcher Strukturen hängt jedoch auch maßgeblich von ihren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Politisches, soziales, gesellschaftliches Engagement kostet Zeit. Daher sollte die Last schon aus rein praktischen Gründen auf viele Schultern verteilt werden und möglichst alle Mitglieder der Gesellschaft für diese Aufgaben phasenweise oder längerfristig eingebunden werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Verkürzung der

3) Die Partei Die Linke rechnet auch aus, dass bei Grundlage der höheren Bemessungsgrenze analog gesetzliche Rente gegenüber Krankenversicherung, der durchschnittliche Beitragssatz 11,7 % sei. Die Frage, ob dies als Verzicht auf grundsätzliche Einbeziehung Aller als Voraussetzung für eine Koalition mit der SPD zu werten ist, sei aufgeworfen. Martina Bunge, Kathrin Senger-Schäfer, Harald Weinberg: Gesundheit und Pflege gerecht finanzieren, 23.08.2011, URL: <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/gesundheitspflege-gerecht-finanzieren/> [29.3.2012].

Wochenarbeitszeit. Ganz nebenbei auch ein wichtiger Faktor der Gesundheitsprävention – neben der Entschleunigung des Lebens insgesamt. Derzeit wird Prävention überwiegend den Individuen angelastet. Krankmachende Faktoren der jetzigen Gesellschaft und der Arbeitsbedingungen werden selten thematisiert, vor allem nicht angegangen.

Solange nicht auf dem Gesetzeswege die gleichen Konkurrenzbedingungen für das Kapital geschaffen werden, setzt sich dieses über gesundheitliche Aspekte und Anforderungen rücksichtslos hinweg. Einfluss auf die Gesundheitserhaltung ist also auch das Einwirken auf Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen.

In hohem Maße entscheiden die Lebens- und Arbeitsbedingungen über Gesundheit oder Krankheit. Leben wir mit dem Risiko von Umweltverschmutzung, Straßen- und Fluglärm, atomarer Strahlung, arbeiten wir ohne Ende mit physischen und psychischen Schäden, oder sind umgekehrt erwerbslos, arbeiten und wohnen wir unter schädlichen Einflüssen, hat dies negative Auswirkungen auf die physische und psychische die Gesundheit. Diese Kehrseite der Produktion ist bekannt, ihnen wird unter voller Wirkung der Gesetze freier Marktwirtschaft nur unvollkommen begegnet, und nicht für Alle in gleichem Maß. Gerade im globalen Maßstab provoziert die freie Marktwirtschaft krankmachende Produktion und das Ausnutzen und Schaffen unterschiedlicher Umwelt- und Arbeitsschutzstandards. Prävention heißt auch gleiche Produktions-, Arbeits- und Umweltstandards.

ZUM SCHLUSS

Der Kapitalismus, oder der Markt, ist nicht in der Lage, für ein Gesundheitswesen zu sorgen, das Allen ohne sozialen Unterschied, Einkommen und Herkunft die gleichen und notwendigen Leistungen zukommen lässt. Das ist kein Axiom radikaler linker Politik. Denn alle Maßnahmen zum Abbau von Sozialleistungen, „Reformen“ des Gesundheitssystems mit Marktmechanismen und Eigenbeteiligungen werden stets flankiert mit dem (falschen) Versprechen, dass die marktkonformen künftigen Änderungen gegen zu große Härten selbstverständlich „sozial gestaltet“ oder „abgefedert“ werden. Dies zeigt, dass die „Reformer“ aus Politik und Kapitaltagen um die grundsätzliche Problematik der kapitalistischen Ausrichtung eines Gesundheitssystems wissen, sie jedoch im Interesse des Marktes, der nichts anderes ist als das Interesse der Kapitaleigner, zurückstellen.

Das alte Sozialsystem der BRD, das gerade im „Umbau“, der vollständigen Ökonomisierung ausgesetzt wird, hatte abgesehen von der Privatversicherung, was die Gesundheitsversorgung über die Gesetzliche Krankenversicherung angeht, zahlreiche solidarische Inhalte. Diese „gleichmachende“ Funktion machte es angesehen und zum Modellfall weltweit. Im Inneren hat es dazu beigetragen, das System stark zu machen und zu stabilisieren, wohl auch die Klassengesellschaft der BRD erträglicher zu gestalten, auch wenn es ganz und gar nicht klassenlos war. Ein zurück und ein unkritisches Verteidigen des „alten Systems“ gibt es nicht und ist nicht erstrebenswert. Jede Privatisierung aus dem bisherigen Bestehenden ist prinzipiell und mit geeigneten Maßnahmen abzuwehren. Kämpfe von Beschäftigten wie der Bevölkerung bspw. durch kommunale Volksentscheide gegen Privatisierung sind zu unterstützen. Eventuell gelingt auch die Offensive durch Kampagnen zur Rekommunalisierung, die nicht nur formal öffentliches Eigentum zurückholen bei gleichzeitig jedoch bestehender privatwirtschaftlicher Organisationsstruktur. Weitere Angriffe auf dessen solidarischen Momente sind dabei abzuwehren, und mit offensiven Forderungen nach mehr statt weniger Solidarität zu begegnen und im gegenwärtigen

System stattdessen auf ein Zurückdrängen der Marktbedingungen im Interesse der Allgemeinheit Schritt zu setzen. Weitergehend ist das Gesundheitswesen prinzipiell aus dem privaten Profitsystem auszugliedern, sonst ist es nicht sozial. Eingriffe gegen gesundheits-schädigende und krankmachende Faktoren wie Umweltgifte oder Umstände an Arbeits- und Lebensstätten –Präventionen – sind auch gegen marktwirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Vergesellschaftet heißt nichts anderes als die Umsetzung der menschlichen Bedürfnisse. Die Auseinandersetzung darum, geführt gegen Privatisierungen, für Prävention, für humane Behandlung der Patienten und annehmbare Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, darüber hinaus für neue und anders strukturierte Einrichtungen, dies beutet den Charakter des gegenwärtig herrschenden immer asozialer agierenden Staats- und Wirtschaftssystems zu sprengen.

.....
iL-Karlsruhe und Avanti Hannover

LITERATUR:

- ATTAC, AG Soziale Sicherungssysteme: Gesundheit (08/2010). URL: <http://www.attac-netzwerk.de/ag-soziale-sicherungssysteme/themen/gesundheit/> [10.4.2012]
- AG „links-netz“: Soziale Infrastruktur im Gesundheitsbereich (02/2010). URL: http://www.links-netz.de/K_texte/K_links-netz_gesundheit.html [10.4.2012]
- Bunge, Martina / Senger-Schäfer, Kathrin / Weinberg, Harald: Gesundheit und Pflege gerecht finanzieren (23.08.2011). URL: <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/gesundheits-pflege-gerecht-finanzieren/> [10.4.2012].
- Deppe, Hans-Ulrich: Zur sozialen Anatomie des Gesundheitswesens. Neoliberalismus und Gesundheitspolitik in Deutschland. Frankfurt a.M., 3. Auflage 2005.
- Gall, Lothar: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt a.M./Berlin 1993
- Verlagsgesellschaft Gesundheit: Dokumentation des Gesundheitstages Berlin 1980.
- Die Reihe umfasst folgende Einzelpublikationen:
- Bader, Gerhard / Schulz, Ulrich (Hrsg.): Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit, ungebrochene Tradition?, Berlin 1980.
- Burkhardt, Christl (Hrsg.): Versuche gegen die Hilflosigkeit : Ansätze einer neuen Praxis für die helfenden Berufe, Dokumentation des Gesundheitstages Berlin 1980, Berlin 1981.
- Dersee, Thomas und Dupke, Stefan (Hrsg.): Bankrott der Gesundheitsindustrie. Eine Kritik des bestehenden medizinischen Versorgungssystems, Berlin 1981.
- Kerstan, Birgit (Hrsg.): Selbstbestimmung in der Offensive : Frauenbewegung, Selbsthilfe, Patientenrechte, Berlin 1981.
- Lenz, Renate / Haag, Friedrich (Hrsg.): Befreiung zur Gesundheit. Der Kampf gegen Krankheit und Unterdrückung in der Dritten Welt. Grenzen und Perspektiven der Gesundheitsarbeit, Berlin 1980.
- Lundt, Stefan (Hrsg.): Rebellion gegen das Valiumzeitalter : Überlegungen zur Gesundheitsbewegung, Berlin 1981.
- Opitz, Norbert (Hrsg.): Unsere tägliche Gesundheit : Krankheit und Industriegesellschaft, Berlin 1981.
- Jahrbuch für Kritische Medizin und Gesundheitswissenschaften, Hamburg 2009 ff.
- Jahrbuch für kritische Medizin, Berlin 1976-1989, Hamburg 1990-2008.
- Kritik der bürgerlichen Medizin, Berlin 1970-1971.
- Müthling, Hans: Die Geschichte der deutschen Selbstverwaltung. Köln 1966.
- Porsche Consulting, Caracho Heft 2 (12/2005), Heft 10 (01/2011), URL: <http://www.porscheconsulting.com/pco/en/press/porscheconsultingmagazine/> [10.4.2012]
- Schroeder, Wolfgang / Burau, Benjamin Erik: Soziale Selbstverwaltung und Sozialwahlen. Traditionsreiche Institutionen auch von morgen? In: WISO, Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2008
- See, Hans: Die Gesellschaft und ihre Kranken oder brauchen wir das klassenlose Krankenhaus? Ein Beitrag zur politischen Soziologie der Medizin, Hamburg 1973
- Simon, Michael: Krankenhauspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Historische Entwicklung und Probleme der politischen Steuerung stationärer Krankenversorgung, Opladen/Wiesbaden 2000.
- Statistisches Bundesamt, Internetauftritt, URL: <http://www.gbe-bund.de/> [10.4.2012]

SCHUTZGEBÜHR: 1€
WWW.DAZWISCHENGEHEN.ORG